



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Feministische Perspektiven im Irak. Vergleich und Analyse“

verfasst von / submitted by

Hardy Schirwani

angestrebter akad. Grad / in partial fulfilment of the req. for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /

UA 066 676

degree programme code as it appears on
the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt /

Masterstudium Arabische Welt:

degree programme as it appears on
the student record sheet:

Sprache und Gesellschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Rüdiger Lohlker

Inhaltsverzeichnis

Gender Erklärung	IV
Abstract (Deutsch).....	IV
Abstract (Englisch).....	VI
1 Einleitung	1
1.1 Problemdarstellung und Forschungsfrage	2
1.2 Aufbau und methodischer Zugang	3
2 Gender-Anthropologie	6
2.1 Die Anfänge der Geschlechterforschung	6
2.2 Zwischen sozialen und anthropologischen Aspekten.....	9
2.3 Zwischen Aktivismus und akademischem Ansatz	10
2.4 Erste Schlussfolgerung	14
3 Partizipation und politische Beteiligung	16
3.1 Was ist politische Partizipation	16
3.2 Arten der politischen Beteiligung.....	20
3.3 Formen der politischen Partizipation.....	23
3.4 Einflussfaktoren politischer Beteiligung von Frauen	30
3.4.1 Art des Regimes.....	30
3.4.2 Wahlsystem.....	34
3.4.3 Geschlechterquoten	38
3.5 Faktoren auf Mikro- oder individueller Ebene.....	44
3.5.1 Hintergrund.....	45
3.5.2 Politischer Stil	47
4 Historische Entwicklung der Frauenbewegungen im Irak	49
4.1 Die Zugehörigkeit und Vielfältigkeit im Kolonialstaat	51
4.2 Nationalistische Feministinnen und kommunistische Feministinnen ..	53
4.3 Feministischer Aktivismus in der Neuen Irakischen Republik.....	56

4.4	Das Ba'th-Regime (1968-2003): Aus feministischer Perspektive	58
5	Gegenwartsentwicklung des Feminismus im Irak seit 2003	65
5.1	Frauenrechte im Abseits	65
5.2	Die Gründung der Frauengruppen und Netzwerke	72
5.3	Aktivitäten der feministischen Gruppen	77
5.4	Mainstreaming von Demokratie und Menschenrechten	80
6	Schlussbemerkungen.....	83
	Literaturverzeichnis	84

Gender Erklärung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Magisterarbeit die Sprachform des generischen Maskulinums angewendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden kann. Jeder verwendete Ausdruck wie „der User“ bezieht sich – sofern nicht anders erläutert.

Abstract

Die Geschichte des Irak ist mit sehr vielen umfassenden Veränderungsdynamiken verbunden. Es galt insbesondere in den letzten Jahren darum, zentralistische Staatsformen in ein demokratisches System zu organisieren. Gleichzeitig bildeten sich bereits im Laufe des 20. Jahrhunderts prädemokratische Formen und Elemente eines kaum regulierten kapitalistischen Systems aus.

Unter diesen Vorzeichen und hinsichtlich einer spannungsgeladenen Zeit mit zahlreichen innen- und außenpolitischen Wechselwirkungen, spielten Fragen der politischen Partizipation von Frauen oder gar Genderaspekte von Politik eine sehr marginale Rolle. Ein Umstand der sich noch heute in den geringen Zahlen weiblicher Abgeordneter oder von Frauen in wirtschaftlichen und politischen Spitzenpositionen widerspiegelt.

Am Beispiel des Irak soll dieser Umstand einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Es soll zum einen die Frage nach den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Perspektiven dieses Umstands gehen. Zum anderen soll anhand der Bedeutung von Partizipation und Genderaspekten von Politik die These hervorgehoben werden, dass die Einführung von Quoten unabdingbar erscheint für die Herausbildung eines auf Gleichberechtigung beruhenden politischen Systems. Diese theoretische Herangehensweise soll in einem weiteren Schritt und im Sinne einer historischen Aufzeichnungen der Etappen und der Errungenschaften weiblicher Partizipation im Irak aufgezeigt werden.

Abstract

Iraq's history is associated with a great many comprehensive dynamics of change. In recent years, in particular, it has been a matter of organizing centralist forms of government into a democratic system. At the same time, pre-democratic forms and elements of a barely regulated capitalist system were already forming in the course of the 20th century.

Under these circumstances, and in view of a tense period with numerous domestic and foreign policy interactions, questions of women's political participation or even gender aspects of politics played a very marginal role. This circumstance is still reflected today in the low numbers of female members of parliament or women in top economic and political positions.

The example of Iraq will be used to examine this situation in more detail. On the one hand, the question of the general political and economic perspectives of this circumstance will be addressed. On the other hand, the importance of participation and gender aspects of politics will be used to highlight the thesis that the introduction of quotas seems indispensable for the emergence of a political system based on equality. This theoretical approach will be presented in a further step and in the sense of a historical record of the stages and achievements of female participation in Iraq.

1 Einleitung

Die Geschlechterforschung ist ein multidisziplinäres Forschungsgebiet, das die sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern untersucht. Das Geschlecht als soziales Konstrukt wird in

"allen Bereichen der Human- und Sozialwissenschaften analysiert: Geschichte, Soziologie, Anthropologie, Psychologie und Psychoanalyse, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft, Geographie [...]".¹

Im Allgemeinen bieten die Geschlechterstudien einen reflektierten Ansatz und ermitteln, was an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten männlich und weiblich ist, und hinterfragen, wie sich Normen so weit reproduzieren, dass sie "natürlich" erscheinen. Die Arbeiten von Margaret Mead haben hierzu bereits 1935 eine Vorreiterrolle gespielt.²

Mead verwendet den Begriff der "geschlechtlichen Rolle", der zum ersten Mal zwischen sozialer Rolle und Geschlecht unterscheidet. Dieser Begriff der "geschlechtsspezifischen Rolle" ist der direkte Vorläufer der Idee der Gender Studies. Allerdings wurde der Begriff "Gender" damals in einem völlig anderen Sinne verwendet als heute. Er wurde in erster Linie repliziert, um normative Studien zu Themen im Zusammenhang mit der Sexualität zu erstellen, wie das Beispiel von John Money zeigt, auf dem die modernen Gender Studies aufgebaut sind.³

Gerade im Zusammenhang mit historischen Entwicklungen zeigt sich, wie Geschlechterverhältnisse an der politischen Reproduktion von Machtstrukturen orientieren und anpassen. Fragen nach politischer Teilhabe und Partizipation von Frauen in einer Gesellschaft, manifestieren sich also immer an den grundsätzlichen Wirkstrukturen von Politik.

Am Beispiel der wechselhaften Geschichte des Irak wird dies deutlich. Waren Frauenrechte bis in die 1970er und 1980er Jahre teilweise weiter

¹ Douglas, 2007.

² Mead, 1950.

³ Ebd.

ausgeprägt als in den sog. Westlichen Demokratien, haben in den letzten Jahrzehnten zahlreiche regressive Tendenzen stattgefunden. Tendenzen, die wiederum deutlich machen, dass Gender Fragen, eng verbunden sind mit Aspekten partizipativer politischer Machtfelder.

1.1 Problemdarstellung und Forschungsfrage

In diesem Sinne kann das grundlegende Ziel dieser Arbeit und des damit verbundenen Forschungsprojekts unter drei verschiedenen Gesichtspunkten charakterisiert werden.

Das erste Ziel besteht darin, die Gründe für die geringe politische Beteiligung von Frauen in der irakischen Gesellschaft zu untersuchen. Die Hauptforschungsfrage lässt sich wie folgt zusammenfassen: Warum ist der Anteil der Frauen in staatlichen Institutionen so niedrig?

In einem zweiten Schritt soll der Blick auf die Frauen gerichtet werden, die in beiden Ländern bereits in den politischen Prozess integriert waren und sind. Dies wirft die Frage nach Gemeinsamkeiten und möglichen allgemeinen Mustern der Beteiligung an politischen Prozessen im Irak auf. Hier spielt die empirische Erhebung durch Materialanalyse eine entscheidende Rolle. Anhand dieses Materials soll herausgearbeitet werden, inwieweit Frauen in der irakischen Politik vertreten bzw. beteiligt waren und sind. Die Rolle der irakischen Frauen in Gesellschaft und Politik sowie die Hauptgründe, die die politische Beteiligung von Frauen in dem Land beeinflussen, sollen umfassend analysiert werden.

Der dritte Schritt bezieht sich auf die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für Frauen im Irak, so wie sie sich heute darstellen. Es stellt sich die Frage: Welches sind die größten Herausforderungen, mit denen die Menschen in diesem Zusammenhang konfrontiert sind?

Aus dieser dreifachen Perspektive wird deutlich, dass die Grundlage dieser Ausarbeitung auf die im politischen System manifestierten Diskrepanzen gerichtet ist. Dabei geht es nicht um die äußeren Merkmale der

Gleichstellung, sondern um all jene Merkmale, die sich als politisches System manifestieren. Dies lässt sich auf drei sehr grundlegende Hypothesen zurückführen, die theoretisch und empirisch untermauert werden sollen.

1. Die Art des Regimes eines Landes beeinflusst die politische Beteiligung von Frauen. Es wird gezeigt, dass alle Diskrepanzen in der politischen Partizipation einerseits kulturell bedingt sind, dass sie aber auch mit den Regimetypen zusammenhängen.
2. Das Wahlsystem eines Landes hat Einfluss auf die politische Partizipation von Frauen. In gleicher Weise wirkt sich dies auf das allgemeine Wahlsystem eines Landes aus.
3. Der Hintergrund, die Familie und der politische Stil der Frauen wirken sich auf ihre politische Beteiligung und die Institutionalisierung von Frauenbewegungen aus.

1.2 Aufbau und methodischer Zugang

Entsprechend der beschriebenen Zielsetzung soll sich die Arbeit auch methodisch an den zuvor beschriebenen Punkten orientieren. Die Forschungsliteratur zu diesem Thema ist als grundlegend zu betrachten.

In diesem Zusammenhang lässt sich der theoretische Aspekt der Arbeit in drei Hauptkategorien zusammenfassen. Zum einen geht es darum, einen Gesamtüberblick über die Literatur zu geben, sowie einen Pool der für das Forschungsprojekt relevanten Arbeiten zu erstellen. Des Weiteren sollen die entsprechenden Kontexte der Literatur aufgezeigt werden, sowie die Interpendenzen zwischen ihnen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Einbeziehung der relevantesten Dokumente und politischen Prozesse sowie eine Analyse dieser Texte.

Aus theoretischer Sicht besteht die wichtigste Aufgabe dieser Arbeit darin, die Aspekte aus der Literatur mit den Dokumenten aus der historischen Entwicklung des Irak hinsichtlich der Frauenfrage miteinander zu verbinden. Die Verbindung zwischen dem theoretischen und dem empirischen Teil soll

letztlich auf der Forschungsfrage und den entsprechenden Hypothesen beruhen.

Die empirische Untersuchung steht in sehr engem Zusammenhang mit den theoretischen Arbeiten, die insbesondere bei Norris und Connell zu finden sind. Es lassen sich zwei Hauptkategorien mit entsprechenden Subfaktoren identifizieren. Die Untersuchung zielt daher auf die folgende Struktur ab:

1. Institutionelle Faktoren
 - a. Regime-Typ
 - b. Wahlsystem (Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht)
 - c. Geschlechterquote
2. Individuelle Faktoren
 - a. Hintergrund (Familie, traditionelle Normen, Stereotypen)
 - b. Politischer Stil

Darauf aufbauend soll der Forschungszusammenhang, insbesondere durch die Zunahme quantitativer Erhebungen, dargestellt werden.

Dabei stellt sich im Rahmen dieser Arbeit die Frage nach der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen im Irak und der Entwicklung dieser Teilhabe im Zuge der wechselhaften Geschichte des Landes seit 1900. Die Arbeit folgt in zweierlei Hinsicht einer doppelten Struktur. Zum einen geht es darum, die aus der Forschungsliteratur ersichtlichen Elemente herauszuarbeiten. Gleichzeitig sollen diese sowohl im Sinne eines qualitativen als auch eines quantitativen Nachweises entwickelt werden. Das hier durchgeführte Forschungsprojekt wurde zum einen aus einer persönlichen Perspektive gewonnen, zum anderen aus der allgemeinen Betrachtung der Geschlechtergleichstellung im Irak. In dieser Hinsicht folgt die Arbeit einem deduktiven Aufbau.

Zunächst widmet sich der zweite Teil der historischen Entwicklung im Irak, wobei die Frage nach der politischen Partizipation von Frauen aus einem allgemeinen Ansatz heraus untersucht werden soll. Es zeigt sich, dass die

Beteiligung von Frauen an der Politik und Gesellschaft, teilweise sehr divergierende Richtungen genommen hat.

Ausgehend von den beiden grundlegenden Aspekten dieser Arbeit, zum einen der Frage nach dem Konzept der Geschlechtergleichheit - zum anderen dem theoretischen Modell der politischen Partizipation, soll ein allgemeines Feld geschaffen werden, das die Beantwortung der aufgeworfenen Forschungsfragen ermöglicht.

2 Gender-Anthropologie

Im Rahmen dieses Kapitels geht es darum, wesentliche Begriffe sowie theoretische Ansätze zu der beschriebenen Forschungsproblematik darzustellen. Dazu gehört insbesondere die Frage nach den Anfängen der Geschlechterforschung und den verschiedenen Ansätzen, die seit diesen Anfängen verfolgt werden. Es soll aufgezeigt werden, wie die Geschlechter- und Gleichstellungsforschung initiiert wurde und welche definitorischen Perspektiven auf sie geworfen werden können. Darüber hinaus ist es wichtig, die Frage nach den Implikationen dieser Ansätze und ihrer Manifestation in der neueren Geschichte des Irak zu thematisieren. Diese Punkte sollen im Sinne einer knappen Auseinandersetzung mit der vorhandenen Literatur und bisherigen Forschungsansätzen aufgezeigt werden.

2.1 Die Anfänge der Geschlechterforschung

Seit den 1970er Jahren haben Feministinnen das Konzept von Geschlecht aus einer kritischen Perspektive aufgegriffen. Wenn der Begriff jedoch beibehalten wird, entfernen sich Feministinnen radikal von John Money's Konzeptionen, die das Geschlecht in einer normativen Logik wahrnimmt.⁴

So trifft Gender auf das Unternehmen der Entnaturalisierung des Geschlechts, das insbesondere von Simone de Beauvoir formuliert wurde ("Man wird nicht als Frau geboren, man wird es"), die bereits in den 1940er Jahren erklärte, wie Zivilisation und Erziehung auf Kinder einwirken, um sie in eine männliche oder weibliche Rolle zu lenken, obwohl Mädchen und Jungen zunächst nicht unterscheidbar sind. 1972 griff die Soziologin Ann Oakley den Begriff des Geschlechts wieder auf und nutzte Claude Lévi-Strauss' Unterscheidung zwischen Natur und Kultur, um festzustellen, dass "das Geschlecht keinen biologischen Ursprung hat, [...] es gibt nichts wirklich *Natürliches* an den

⁴ Celia, 2005.

Verbindungen zwischen Sex und Gender".⁵

Die Anthropologin Sherry Ortner stellte in diesem Zusammenhang 1975 die Universalität der männlichen Vorherrschaft in Frage, indem sie die Zurückdrängung der Frauen auf eine angeblich natürliche Reproduktionsrolle erklärte. Diese Konzepte weichen dann völlig von der physiologischen Arbeit von Money und Stoller ab, indem sie den Begriff des Machtverhältnisses in den Begriff des Geschlechts einführen.⁶

Diese feministisch inspirierte Arbeit stellt auch die androzentrische Sichtweise des akademischen Wissens in Frage. Amerikanische Akademiker stützten sich, vor allem ab den 1980er Jahren, auf das, was damals in den Vereinigten Staaten als "französische Theorie" bekannt wurde, d.h. insbesondere auf die Arbeiten von Jacques Derrida, Michel Foucault, Jacques Lacan und Roland Barthes. So stellte die Historikerin Joan W. Scott, die seit den 1970er Jahren aus einer marxistischen Perspektive des Materialismus und des Klassenkampfes an der Geschichte der Frauen arbeitete, 1988 in *Gender and the Politics of History* den maskulinistischen Ansatz in der Geschichte in Frage und warf bestimmten Autoren vor, die Klassenkultur als universell zu betrachten, ohne ihre männliche Seite zu berücksichtigen. Für sie geht es nicht mehr darum, einfach nur die Geschichte der Frauen zu beschreiben, sondern die bisher verborgenen Geschlechterverhältnisse aufzuzeigen, die die Organisation der Gesellschaften bestimmen.⁷

Der von der Historikerin Joan W. Scott 1988 eingeführte Begriff "Gender" bleibt aber umstritten, und die Forscher verwenden eine Vielzahl von Alternativen, um den Inhalt ihrer Studien zu beschreiben. Sie sprechen von Studien über Frauen, Weiblichkeit, Feministinnen, sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, Diskriminierung usw., auch wenn sich der Begriff Gender im Zeitraum ab den 2000er Jahren insgesamt immer mehr durchgesetzt hat.⁸

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Scott, 1986.

⁸ Ebd.

Seit den 1990er Jahren hat Judith Butler den Begriff der Performativität in der Geschlechteranalyse entwickelt: Die Handlungen und Reden von Individuen beschreiben dabei nicht nur, was Geschlecht ist, sondern haben auch die Fähigkeit, das zu produzieren, was sie beschreiben. Butler erläutert das Genre dann als

"eine Reihe von wiederholten Handlungen [...], die im Laufe der Zeit einfrieren, so dass sie schließlich den Anschein einer Substanz, einer natürlichen Art des Seins, hervorbringen".⁹

Für Butler ist es das Geschlecht, welches Gender konstruiert: Wenn es biologische Unterschiede gibt, sind sie an sich nicht bedeutsam. Es ist das Geschlecht, und damit die soziale Konstruktion, die den sexuellen Unterschieden Bedeutung verleiht. Für Butler ist das Geschlecht als Machtverhältnis damit Teil anderer imperialistischer Machtverhältnisse, die auf Rasse oder sexueller Orientierung beruhen, wobei das Geschlecht Teil einer sozialen Norm ist, die Ausgrenzung erzeugt.¹⁰

Darüber hinaus wurde der Begriff Geschlecht in den letzten Jahren trivialisiert, und die Geschlechterstudien haben eine weniger kritische Wendung genommen: Obwohl sie ihren Ursprung in feministischen Ansätzen haben, verstehen viele Akademiker die Geschlechterstudien heute, ohne ein besonderes Interesse am Feminismus zu zeigen. Darüber hinaus stehen die Gender Studies heute unter dem Beschuss von Kritikern, die in ihnen einen Angriff auf die traditionelle Familie sehen.¹¹

Der Begriff Gender-Theorie wird vor allem von Gegnern des Konzepts der Geschlechterforschung verwendet, die auch von "Gender-Ideologie" oder "Sexual-Gender-Ideologie" sprechen; er solle dazu dienen, eine Ideologie oder eine politische Strategie zu implementieren. In der Tat sind die Gender Studies nur durch einen gemeinsamen Forschungsgegenstand verbunden, der von eigenen wissenschaftlichen Zeitschriften, Vereinigungen, Diplomen,

⁹ Butler, 1990, S . 256.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

Nachschlagewerken usw. getragen wird.¹²

Bruno Perreau gibt jedoch zu bedenken, dass die Geschlechterforschung, wenn sie sich nur über einen gemeinsamen Gegenstand definiert, Gefahr läuft, diesen Gegenstand zu verdinglichen, anstatt ihn zu hinterfragen. Perreau weist auch auf die Bedeutung der Gender-Theorie für die Konstituierung dieses Studienbereichs hin. Dieser theoretische Gestus kann gefährdet sein, wenn die Antwort auf die Verschwörungstheorien gegen das Geschlecht nur defensiv ist.¹³

Im Zusammenhang dieser Arbeit bleibt also die Tatsache hervorzuheben, dass es in der akademischen Geschlechterforschung, auch wenn sie sich erst in den oben beschriebenen Perioden entwickelt hat, bereits frühere Ansätze gab, die auf gesellschaftliche Ungleichgewichte in Geschlechterfragen hinwiesen. In diesem Sinne verweist die Geschlechterforschung also auf einen anthropologischen Rahmen, der versucht, Ungleichheit im Sinne von sozialen Ungleichgewichten zu erklären.

2.2 Zwischen sozialen und anthropologischen Aspekten

Aus dieser geschilderten theoretischen Perspektive ist Geschlecht ein Phänomen, das als eine soziale Konstruktion untersucht werden muss, die sich sowohl in einer objektiven als auch in einer subjektiven Dimension manifestiert. Die Gender Studies analysieren daher die Geschlechterverhältnisse als eine Ordnung, die den Individuen aufgezwungen wird, die sie aber gleichzeitig in ihren Praktiken kontinuierlich reproduzieren. Ebenso können Praktiken, Diskurse und der soziokulturelle Kontext der Geschlechterbeziehungen Widersprüche aufweisen und sich in unterschiedlichem Tempo verändern (so ändert beispielsweise der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu Beschäftigung und Bildung nicht unbedingt die traditionellen Vorstellungen von den Beziehungen zwischen

¹² Goffmann, 1997, S. 208.

¹³ Ebd.

Männern und Frauen im Haushalt), was später am Beispiel irakischer Frauen deutlich gemacht werden soll.

Diese Verknüpfungen und Lücken zwischen der Dimension der Mikro- und der Makroanalyse haben methodische Auswirkungen auf Studien mit geschlechtsspezifischem Schwerpunkt. Viele Analysen ergänzen den Einsatz quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden, um sowohl strukturelle Aspekte als auch die Subjektivität der Akteure zu berücksichtigen. Die Wechselbeziehungen zwischen individueller, familiärer und sozialer Zeit erhöhen die Relevanz von Längsschnittstudien zu Lebensverläufen und deren Zusammenhang mit den Veränderungen in den Familien und in den sozialen Kontexten, in denen sich diese Lebensverläufe entwickeln. In einigen Arbeitslinien wird etwa die Analyse der vermittelnden Instanzen zwischen der Makro- und der Mikroebene methodisch wichtig, da es keinen direkten und eindeutigen Einfluss der strukturellen sozialen Umstände auf die geschlechtsspezifischen Erfahrungen, Rollen und Repräsentationen geben kann. Dieser Einfluss ist selektiv und heterogen und wird durch andere Aspekte wie den familiären Kontext oder soziale Netzwerke vermittelt, die im Leben der Individuen von Bedeutung sind.¹⁴

Die Heterogenität, mit der sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in verschiedenen Bereichen manifestiert, hat die Anwendung der vergleichenden Analyse angeregt. In diesen Studien werden die unterschiedlichen Ausprägungen der Ungleichheit in verschiedenen sozialen Sektoren und in Abhängigkeit von mehreren Variablen wie Klasse, Ethnizität und Alter untersucht.¹⁵

2.3 Zwischen Aktivismus und akademischem Ansatz

Ein konstitutives Element dieser epistemologischen Dissonanz ist die Beziehung zwischen Aktivismus und akademischer Welt. Gerade die Neue

¹⁴ Harrison, 2008, S. 35.

¹⁵ Ebd.

Linke der 1960er und 1970er Jahre war tief in den politischen Kämpfen der Studenten verwurzelt und stellte die Grenzen in Frage, die die Vorstellung einer Elite in ihrem "Elfenbeinturm" definierten. Die zweite Welle des Feminismus, die in dieser Zeit der Radikalisierung aufkam, hatte ebenfalls ein ambivalentes Verhältnis zur akademischen Welt. Heute verfügen wir in diesem Bereich über umfangreiche Erfahrungen und ein umfangreiches Korpus über den Status der Frauen- und Geschlechterforschung in Bezug auf die verschiedenen "Wellen" des feministischen Kampfes.¹⁶

Die Frauen- und Geschlechterforschung und Strömungen, die sich selbst als marxistisch bezeichnen, entwickeln sich jedoch in parallelen Räumen der universitären Fragmentierung. Eines der Elemente, die diese Distanz zweifellos erklären, ist der erkenntnistheoretische Widerstand eines bestimmten Randes gegenüber der feministischen Analyse. Während Forschungsprogramme in der Frauen- oder Geschlechterforschung feministisch-sozialistische Theoretikerinnen oft nicht beherbergen, begegnen einige Ränder der Theoretisierung den feministischen Studien innerhalb der Universität mit extremem Misstrauen.¹⁷

Darüber hinaus ist es nicht ungewöhnlich, dass Professoren, die sich selbst als Marxisten verstehen, diesen Debatten ablehnend oder gar feindlich gegenüberstehen, obwohl an den Universitäten Kämpfe um feministische politische Themen geführt werden. Diese Dimension der erkenntnistheoretischen Dissonanz ist bemerkenswert, nicht nur in dem Sinne, dass sie eine defensive Haltung gegenüber dem Diskurs und der Praxis der Anti-Unterdrückungspolitik innerhalb der Universität als Arbeitsplatz artikuliert, sondern auch, um die Diskussion unter den Universitätsaktivisten über weitergehende Projekte voranzutreiben.¹⁸

Während Marxismus und Feminismus in der Tat als natürliche Verbündete innerhalb einer Universität angesehen werden sollten, die sich im Griff neoliberaler Angriffe und korporatistischer Manöver befindet - angeführt von

¹⁶ Hayes, 2016.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Rees, 1998.

staatlichen, privaten, administrativen und konservativen Interessen -, kann die epistemologische Dissonanz, die marxistische AkademikerInnen erleben, wenn es darum geht, sich feministischen Mobilisierungen zu stellen, in der Realität extrem sein.¹⁹

Die Herausforderung des antifeministischen Backlashs ist angesichts der Tatsache, dass die Universität heute unter dem Einfluss des neoliberalen Kapitalismus steht, von Bedeutung. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Abteilungen für Frauen- und Geschlechterstudien besonders von Haushaltskürzungen betroffen sind, und die Verteidigung feministischer Programme oder Zyklen an der Universität erfordert immer noch erhebliche organisierte Kämpfe. Außerdem zögern die Universitäten im Allgemeinen, Akademikerinnen und Angehörige von Minderheiten als festes Personal einzustellen, selbst unter dem Vorwand der liberalen Doxa der "Chancengleichheit".

Angriffe auf die Errungenschaften von Frauen und sichtbaren Minderheiten beim Zugang zu Bildung und Beschäftigung, von denen sie in der Vergangenheit ausgeschlossen waren, erfolgten zumeist durch den Staat und die Rechte. Konservative Angriffe auf positive Maßnahmen haben zum Beispiel zugenommen.²⁰

Trotz eines Bündnisses von Feministinnen, Antirassisten und Gewerkschaftern, die sich zu diesem Anlass zusammenschlossen, um die Interessen diskriminierter Gruppen zu verteidigen, war die Rolle des linken politischen Spektrums innerhalb der Bewegung sehr uneinheitlich. Es wird sich zeigen, wie das Beispiel des früheren irakischen Machthabers Saddam Hussein diese Diskrepanz deutlich macht.

Eine Möglichkeit, dieses Element im Zusammenhang mit der erkenntnistheoretischen Dissonanz zu verstehen, besteht darin, das Potenzial zu betrachten, das ein alternativer Ansatz bieten könnte. Der Marxismus muss sich zweifellos noch mit der Spannung auseinandersetzen, die dem Verhältnis

¹⁹ Ebd.

²⁰ Faludi, 1991.

zwischen Aktivismus und Wissenschaft innewohnt. Herbert Marcuse - der auf diese Spannung hinwies - warnte uns vor dem, was er als den "schleichenden Antiintellektualismus" des Radikalismus der Neuen Linken betrachtete, der für ihn in der Haltung der Kritik an der "Akademisierung" begründet lag.²¹

Feministische Theorien über die Beziehung zwischen universitären Studiengängen und Aktivismus können den Marxisten in dieser Hinsicht zweifellos etwas Nützliches liefern. Alison Piepmeter beispielsweise befasst sich mit der Konstruktion eines Narrativs der "belagerten Stadt" in den Lehrplänen der Frauen- und Geschlechterstudien. Sie beschreibt eine Generationenschleuder innerhalb der feministischen Studien um theoretische Argumente, die darauf abzielen, die jüngsten Forscherinnen und Forscher auszuschließen und innovative Arbeiten auf ihrem Gebiet mit größtem Misstrauen zu empfangen.²²

Martha McCaughey hingegen weist auf die Mythologisierung der "Gemeinschaft" in der Frauen- und Geschlechterforschung hin und versucht, ihre unterschiedlichen Bedeutungen innerhalb und außerhalb des Universitätsgeländes zu erklären. Es geht hier nicht darum, einen heiteren Dialog zwischen marxistischen Akademikern und Feministinnen zu beschwören, sondern vielmehr darum, die Aufmerksamkeit auf die epistemologische Dissonanz zu lenken, die einen solchen fruchtbaren Dialog fast unvorstellbar macht. Die Herausforderung, nur einen gemeinsamen Einstiegspunkt für kämpferische und akademische Räume zu finden - der wahrscheinlich widersprüchliche Beziehungen offenbart, die mit den in diesem Artikel erwähnten vergleichbar sind - beruht auf der erkenntnistheoretischen Dissonanz, in der die Feministin auf einen bestimmten Typ von Marxismus trifft. Mit anderen Worten: Der Mann, der weiß, was er zu denken hat, hat wenig Interesse an Gender-Studies-Programmen oder feministischen Diskursen und Analysen; ebenso der eilige Kommunist.²³

²¹ Marcuse, 2007.

²² McCaughey, 2012.

²³ Bakan & Kobayashi, 2000.

2.4 Erste Schlussfolgerung

Der Zweck der Entwicklung bestand darin, wesentliche Merkmale in der Entwicklung feministischer Theorien zu benennen. Die dabei festgestellte erkenntnistheoretische Dissonanz ist offenbar weit verbreitet und hat die Tendenz, sich über geografische, ideologische und generationelle Grenzen hinweg zu reproduzieren. Es geht jedoch nicht darum zu sagen, dass es sich um ein rein erkenntnistheoretisches Problem handelt, denn es gibt sicherlich verschiedene Grade dieses Widerstands - politisch und von Menschen verkörpert. In der Tat haben einige mit diesen ambivalenten Beziehungen zwischen einem politischen Setting des Feminismus und der akademischen Erforschung von Geschlechterordnungen zu kämpfen. Wenn dabei von erkenntnistheoretischer Dissonanz gesprochen wird, dann deshalb, weil es sich nicht um ein Thema handelt, das sich auf bestimmte theoretische Positionen oder Gruppenpraktiken reduzieren lässt; es ist nicht nur eine Frage von "Debatten". Vielmehr geht es bei der epistemologischen Dissonanz darum, intellektuell und emotional die Form zum Ausdruck zu bringen, die historischen, gegenwärtigen und zukünftigen Fragen in der feministischen Analyse gegeben werden soll - die als Priorität für die akademische oder politische Forschung angesehen werden können. Andererseits ist es wichtig zu betonen, dass diese Diskussion nicht die politische Sphäre als solche betrifft, sondern nur einen bestimmten Randbereich. In der Tat bieten indigene Feministinnen zweifellos den nachhaltigsten Weg für eine Alternative zu dieser Vergessenheit, beginnend mit intersektionalen Analysen, die Feminismus, Antirassismus und historischen Materialismus ansprechen.

Die Fakten deuten darauf hin, dass der erkenntnistheoretische Widerstand oft mit anderen radikalen, vom Feminismus (und oft auch vom Marxismus) beeinflussten Rändern verbunden war. Diese Dissonanz kann also auch einen fruchtbaren Konflikt und eine Dialektik darstellen, die auf den Aufbau einer besseren Welt ausgerichtet ist. Am Beispiel des Irak soll in der zweiten Hälfte

dieser Arbeit aufgezeigt werden, wie dieser Zusammenhang zwischen politischer Teilhabe und geschlechterspezifischer Manifestation in einem konkreten Umfeld variieren kann. Der Irak ist dabei ein sehr lohnendes Forschungsobjekt, da sich die beschriebenen Dissonanzen im Verlauf der letzten Jahrzehnte, sehr heterogen ausmachen und die gesamte Bandbreite geschlechterspezifischer Organisation von Gesellschaft untermauern.

3 Partizipation und politische Beteiligung

Politische Partizipation" ist ein Begriff mit vielen Bedeutungen. Er reicht von der Aktivität des einfachen Bürgers bis zur Aktivität der politischen Führung. Nach den Forschungen verschiedener Wissenschaftler wird der Begriff für viele verschiedene Arten von Aktivitäten verwendet: Wählen, Wahlkampfspenden und das Marschieren bei Paraden. Wenn der Begriff so weit gefasst ist, kann er seine Nützlichkeit verlieren. Deshalb sollten wir die Bedeutung der politischen Partizipation definieren und abgrenzen. Erst dann können wir darüber diskutieren, wer sich auf welche Weise beteiligt und erklären, warum eine bestimmte Person oder Gruppe aktiv oder passiv ist. Es ist schwierig, die Bedeutung von politischer Partizipation zu definieren oder abzugrenzen, da die Nationen in der Welt sehr heterogen sind. Sie variiert von Land zu Land. Daher haben viele Wissenschaftler diesen Begriff durch Vergleiche mit empirischen Untersuchungen in verschiedenen Ländern analysiert. In der amerikanischen Politik beispielsweise ist die freiwillige politische Beteiligung die am weitesten verbreitete Form der Meinungsäußerung. In der europäischen Politik ist die Bürgerbeteiligung einer der wichtigsten Punkte, da sich die repräsentativen Demokratien der Nationalstaaten in partizipative Demokratien auf supranationaler Ebene verwandeln sollen. Partizipation wird als ein Prozess verstanden, der mit repräsentativen Organen wie dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und dem Ministerrat verbunden ist, die den nationalen Parlamenten gegenüber rechenschaftspflichtig sind und von den Bürgern gewählt werden. Der Hauptpunkt der Beteiligung in diesem Sinne ist die Stimmabgabe.²⁴

3.1 Was ist politische Partizipation

Der amerikanische Politikwissenschaftler Sydney Verba formulierte das traditionelle Modell der politischen Partizipation auf der Grundlage der amerikanischen Politik. Hier ist die allgemeine Definition von politischer

²⁴ Eremenko, 2011, 2-3.

Partizipation, die wir üblicherweise verwenden. "Politische Partizipation ist eine legale Aktivität privater Bürger, die mehr oder weniger direkt darauf abzielt, die Auswahl des Regierungspersonals und dessen Handlungen zu beeinflussen. Auch wenn dies eine grobe Definition ist, zeigt sie doch, dass wir grundsätzlich an politischer Partizipation interessiert sind, d. h. an Handlungen, die darauf abzielen, Regierungsentscheidungen zu beeinflussen. In einer anderen Definition: "Politische Partizipation bietet den Bürgern in einer Demokratie die Möglichkeit, den Regierungsvertretern ihre Anliegen und Präferenzen mitzuteilen und Druck auf sie auszuüben, damit sie reagieren". Sie betont, dass die Bürger in jedem demokratischen System das uneingeschränkte Recht haben, ihre Ansichten und Einstellungen zu fast allem, was im öffentlichen Bereich geschieht, bzw. zu ihren eigenen Interessen so zu äußern, dass die Regierungsbeamten dies wissen und darauf reagieren.²⁵

Es war von Anfang an nicht einfach, eine endgültige Definition von politischer Partizipation zu finden, insbesondere wenn man sowohl teleologische als auch praxisorientierte Argumente oder prozedurales Engagement anwendet. Telos stammt aus dem Griechischen und bedeutet die Ausrichtung auf zielorientiertes politisches Verhalten. Praxis ist ebenfalls aus dem Griechischen entlehnt und drückt die Konzentration auf die jeweiligen Verfahren aus.

Es gibt keine allgemeingültige Definition dieses Konzepts. Einigen Wissenschaftlern zufolge wird politische Partizipation jedoch häufig als "politisches Engagement" oder "öffentliche Beteiligung an der Entscheidungsfindung" bezeichnet.²⁶

Riley et al. haben betont, dass politisches Engagement als "eine Reihe von Rechten und Pflichten verstanden wird, die formell organisierte bürgerliche und politische Aktivitäten umfassen (z. B. Wählen oder Beitritt zu einer politischen Partei)". Darüber hinaus wies (Diemer 2012) darauf hin, dass

²⁵ Ebd.

²⁶ Uhlaner, 2001.

politische Partizipation ein "Engagement mit traditionellen Mechanismen im politischen System, wie die Teilnahme an Wahlen und der Beitritt zu politischen Organisationen" ist.²⁷

Nach Monroe ist politische Partizipation definiert als das Ausmaß, in dem die Bürger ihre Rechte ausüben, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, wie z. B. zu protestieren, frei zu sprechen, zu wählen und Einfluss zu nehmen. Alle diese Definitionen sind Indikatoren für die politische Praxis innerhalb der konventionellen politischen Normen, auch wenn diese Normen nicht zwangsläufig in allen Ländern oder über die Zeit hinweg einheitlich sind.²⁸

Andererseits konzentrieren sich einige Forscher nicht auf die Praxis, sondern nur auf das Telos, indem sie politische Partizipation hauptsächlich als eine Reihe von Aktivitäten definieren, die darauf abzielen, die politische Autorität zu beeinflussen. So definierten Huntington und Nelson politische Partizipation als eine "Aktivität von Privatbürgern, die darauf abzielt, die Entscheidungsfindung der Regierung zu beeinflussen"²⁹, während Verba et al. sie als eine "Aktivität, die die Absicht oder den Effekt hat, das Regierungshandeln zu beeinflussen - entweder direkt durch die Beeinflussung der Gestaltung oder Umsetzung der öffentlichen Politik oder indirekt durch die Beeinflussung der Auswahl von Personen, die diese Politik machen"³⁰ beschrieben.

Wir können hier sehen, dass Praxis und Telos miteinander verbunden sind. Die Praxis scheint im Zusammenhang mit diesen Definitionen nicht wesentlich genug zu sein, da sie hauptsächlich teleologischer Natur sind. In verschiedenen Definitionen heißt es, dass das Telos durch eine Form von "Vorgegebenem" erreicht wird, das akzeptiert und rechtmäßig ist. Interessanterweise kann der Unterschied zwischen dem teleologischen und dem praxeologischen Charakter politischer Beteiligung sehr wichtig und

²⁷ Riley et al., 2010.

²⁸ Monroe, 2002.

²⁹ Huntington & Nelson, 1976, S. 3.

³⁰ Verba et al., 1995, S. 38.

herausfordernd sein, obwohl dies in der einschlägigen Literatur nicht immer angemessen behandelt wird. Ist beispielsweise die Besetzung oder das Abbrennen öffentlicher Gebäude eine erschwingliche Methode der politischen Beteiligung? Können wir solche Handlungen als "politisches Engagement" bezeichnen, obwohl sie offensichtlich außerhalb des rechtlichen Rahmens liegen? Einige Forscher konzentrieren sich auf politisches Engagement, indem sie eine strenge Unterscheidung zwischen "legaler" und "illegaler" politischer Beteiligung treffen. Sie schlagen vor, eher die Art der Praxis zu bewerten, die ihren qualitativen Platz auf der Landkarte der Partizipation bestimmt. So hat die Forschung zur politischen Partizipation seit 1970 häufig zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation unterschieden. Konventionelle Formen der Partizipation sind weitaus legaler, z. B. Parteimitgliedschaft, Wahlen, Lobbyarbeit, Wahlkampf, Teilnahme an politischen Versammlungen, Kontaktaufnahme mit Beamten usw. Im Gegensatz dazu stellen unkonventionelle Formen der Partizipation folgende Liste von Partizipationsaktivitäten dar: Proteste, Demonstrationen, Verbarrikadierung einer Gemeinde, Beschuss von Sicherheitskräften, Blogging usw.³¹

Eine schier endlose Liste von Definitionen politischer Partizipation wurde seit 1960 von verschiedenen Theoretikern vorgelegt und diskutiert. Wenn wir nur einige der am weitesten verbreiteten Konzeptualisierungen erwähnen, wird politische Partizipation kurz gesagt wie folgt definiert:

- "... jene Handlungen von Privatbürgern, mit denen sie versuchen, Einfluss zu nehmen oder zu unterstützen Regierung und Politik"³²
- "... jene Aktivitäten von Privatpersonen, die mehr oder weniger direkt darauf abzielen, die Auswahl des Regierungspersonals und/oder dessen Handlungen zu beeinflussen".³³
- "... alle freiwilligen Aktivitäten einzelner Bürger, die darauf abzielen,

³¹ Lamprianou, 2013, S. 22-25.

³² Milbrath & Goel, 1977, S. 2.

³³ Verba, 1972, S. 2.

politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems entweder direkt oder indirekt zu beeinflussen".³⁴

- "... Handlungen von Bürgern, die darauf abzielen, Entscheidungen zu beeinflussen, die in den meisten Fällen letztlich von öffentlichen Vertretern und Beamten getroffen werden".³⁵
- "... bietet den Bürgern in einer Demokratie die Möglichkeit, den Regierungsvertretern Informationen
- Regierungsvertreter über ihre Anliegen und Präferenzen zu informieren und Druck auf sie auszuüben, damit sie reagieren".³⁶
- "... alle Dimensionen von Aktivitäten, die entweder direkt darauf abzielen, Regierungsstellen und den politischen Prozess zu beeinflussen, oder indirekt auf die Zivilgesellschaft einwirken, oder die versuchen, systematische Muster sozialen Verhaltens zu verändern".³⁷
- "Aktivitäten von Privatpersonen, die darauf abzielen, die Entscheidungsfindung der Regierung zu beeinflussen".³⁸

Obwohl es sich als kompliziert erwiesen hat, einen Konsens über eine genaue Definition der politischen Partizipation zu erzielen, hat dies die Forscher nicht davon abgehalten, zu versuchen, herauszufinden, wie die politische Partizipation (unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Definitionen und Messinstrumenten) mit anderen wichtigen Variablen wie Alter und Geschlecht zusammenhängt.³⁹

3.2 Arten der politischen Beteiligung

"Amerikaner, die sich an der Politik beteiligen wollen, können auf

³⁴ Kaase & Marsh, 1979, S. 42.

³⁵ Parry et al., 1992, S. 16.

³⁶ Verba et al., 1995, S. 37.

³⁷ Norris, 2000, S. 16.

³⁸ Huntington & Nelson, 1976, S. 3.

³⁹ Lamprianou, 2013, S. 28.

vielfältige Weise aktiv werden. Obwohl das Wählen eine wichtige Form der Beteiligung der Bürger am politischen Leben ist, ist es nur eine von vielen politischen Handlungen".⁴⁰

Die Liste der von der amerikanischen Öffentlichkeit ausgeübten Aktivitäten ist recht umfangreich. Sie umfasst die folgenden Arten der politischen Beteiligung:

1. Abstimmen
2. Mitarbeit in und Beitrag zu Wahlkampagnen und Organisationen
3. Kontaktaufnahme mit Regierungsvertretern
4. Teilnahme an Protesten, Märschen oder Demonstrationen
5. Informelle Zusammenarbeit mit anderen, um ein kommunales Problem zu lösen
6. Unentgeltliche Mitarbeit in lokalen gewählten und ernannten Gremien
7. Politisch aktiv sein durch die Vermittlung von Freiwilligenverbänden

Activity	Direct political participation		Indirect political participation
	Conventional	Unconventional	
Voting in elections or referenda	x		

⁴⁰ Verba et al., 1995.

Party-membership	x		
Membership in interest groups, trade unions, political NGOs	x		
Letter to politicians, petitions, citizen movements	x		
Demonstrations		x	
Strikes		x	
March-ins		x	
Civil disobedience		x	
Membership in social organizations, charity associations, religious groups			
Participation in cultural organizations, sports and clubs, etc.			x

Help in the neighborhood			x
			x

3.3 Formen der politischen Partizipation

Um die Modi der politischen Partizipation zu verstehen, sollten wir uns näher ansehen, wie sich die Bürger beteiligen können. Zunächst werden wir verschiedene alternative Aktivitätsmodi vorstellen, mit denen sich Bürger an der Politik beteiligen können.

Frauen machen in jedem Land der Welt die Hälfte der Bevölkerung aus. Seit den 1960er Jahren haben Wissenschaftler begonnen, mehr über Frauen in der Politik zu forschen, nachdem die "zweite Welle" des Feminismus und die zunehmende Beteiligung von Frauen in der Politik Wirkung gezeigt hatten. Ausgehend von einem breiten Spektrum kapitalistischer, staatssozialistischer und Dritte-Welt-Länder wurden Frauen in der Politik zu einem der wichtigsten Themen.⁴¹

Die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen ist in und zwischen den Ländern sehr unterschiedlich. Wir sollten die Daten über Frauen in der Politik auf internationaler Ebene überprüfen, um die gegenwärtige Situation der politischen Beteiligung und Vertretung von Frauen vollständig zu verstehen. Wissenschaftler haben die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik seit Mitte des letzten Jahrhunderts dokumentiert. Die intensive Forschung zu diesem Thema hat jedoch in den letzten 25 Jahren stark zugenommen. Während einige Länder wie Schweden, Argentinien und Ruanda herausragende Fortschritte bei der Partizipation und Repräsentation von Frauen gemacht haben, dürfen Frauen in anderen Ländern wie Saudi-Arabien erst seit 2015 wählen und

⁴¹ Lovenduski & Norris, 1993, S. 3.

mitbestimmen, oder einige Länder wie der Irak werden ausschließlich von dominanten männlichen Gesetzgebern vertreten.⁴²

Die Forschungsliteratur zum Thema Geschlecht in der Politik und zur Stellung der Frau in der politischen Theorie ist recht breit gefächert und befasst sich mit der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei so unterschiedlichen politischen Handlungen wie Wählen, Wahlkampf und Führung sowie mit geschlechtsspezifischen Unterschieden bei politischem Wissen, Sozialisation und Einstellungen. In meiner Dissertation werde ich mich auf die Beteiligung von Frauen an der formellen Politik und die Vertretung in Parlamenten/Regierungen konzentrieren.

Der lange Kampf der Frauen um eine formale politische Vertretung hat viele Jahre gedauert; noch um die Jahrhundertwende glaubten Frauen in allen Ländern, Politik sei eine Domäne der Männer.⁴³

Der Kampf um die politische Teilhabe von Frauen auf nationaler Ebene führte zu einer internationalen Frauenbewegung und war ein wesentliches Instrument, um die politischen Rechte von Frauen durchzusetzen.⁴⁴

Heutzutage nehmen Frauen in allen Ländern mit gesetzlicher Legislative, einschließlich Saudi-Arabien, neben den Männern an den Wahlen teil. Obwohl Frauen politische Rechte erlangten, dauerte es manchmal Jahre, bis sie ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben konnten. In den Vereinigten Staaten beispielsweise erhielten die Frauen 1920 landesweit das Wahlrecht, aber die Wahlbeteiligung der Frauen war erst in den 1980er Jahren gleich hoch wie die der Männer.⁴⁵

Trotz der großen Fortschritte, die die meisten Länder bei der Gleichstellung der Geschlechter gemacht haben, stehen Frauen heute in fast allen Ländern immer noch vor kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Hindernissen, wenn sie ihre politischen Rechte wahrnehmen wollen.

⁴² Lovenduski & Hills, 1981.

⁴³ Maxwell in: Chafetz & Dworkin, 1986, 36.

⁴⁴ Rupp & Taylor 1999, 363-386.

⁴⁵ Brown et al., 2012.

Um über die Vertretung und Beteiligung von Frauen in der Politik zu diskutieren, sollten wir zunächst einige Argumente gegenüber Frauen in der Politik ausräumen. Warum sollten wir einen Mangel an Frauen in der Politik auf die Tagesordnung setzen? Erstens ist die Politik eine wichtige Plattform für die Entscheidungsfindung. So entscheiden beispielsweise Personen, die offizielle Positionen in der Regierung innehaben, über die Verteilung knapper Ressourcen wie Steuereinnahmen. Jede einzelne Entscheidung, die von Politikern getroffen wird, kann direkte Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben. Zweitens ist die Politik eine Macht zur Durchsetzung von Entscheidungen. Politiker, die Macht über andere soziale Einrichtungen wie Familie oder Bildung haben, sind im Besitz der Kodifizierung bestimmter Praktiken in Gesetzen. Drittens bedeutet ein politisches Amt, dass man eine Autoritätsposition innehat. Die Zusammensetzung der politischen Figuren in einem Land zeigt, wer legitimiert ist oder die Erlaubnis hat, Entscheidungen für die gesamte Gesellschaft in diesem Land zu treffen. Diese drei Punkte sind die allgemeine Bedeutung der Politik im Leben eines Menschen, wobei die geschlechtsspezifischen Werte nicht berücksichtigt werden.

Das Ziel der Forschung ist es nun, dieses Problem aus der Geschlechterperspektive zu betrachten. Wir können uns die Frage stellen, ob es wirklich wichtig ist, ob eine politische Entscheidung von Männern oder Frauen getroffen wird. Im Prinzip sollte die Antwort nein lauten, denn Politiker sollten die gesamte Gesellschaft unabhängig von ihrem Geschlecht vertreten und erfassen. Normalerweise sollten die meisten Gesetze geschlechtsneutral sein, und die gewählten Vertreter sollten alle ihre Wähler gleich behandeln. Leider ist die Situation in der Praxis anders, als wir annehmen. Feministische Politiktheoretikerinnen haben behauptet, dass sich hinter dem Anschein von Geschlechtsneutralität oder Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Politik in Wirklichkeit eine erhebliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verbirgt. Es gibt keine Gleichstellung der Geschlechter, wenn im Prinzip von Geschlechtsneutralität die Rede ist, in der Praxis aber nur Männer in der

Politik auftreten. Theoretiker wie Carole Pateman haben festgestellt, dass abstrakte Begriffe, die in der politischen Theorie verwendet werden, wie "Individuum" oder "Bürger", obwohl sie den Anschein erwecken, geschlechtsneutral zu sein, in Wirklichkeit für weiße Männer stehen. Wenn es nur Männer in der Politik gibt, ist es offensichtlich, dass sie nur die Interessen der Männer vertreten werden.⁴⁶

Die Argumente für eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen in der Politik lassen sich in drei Typen einteilen, wobei jeder Typ eine andere Auffassung von Vertretung hat. Es handelt sich um die formale, die deskriptive und die inhaltliche Repräsentation:

- Formale Repräsentation: das gesetzliche Recht, an der Politik teilzunehmen; Frauen haben das aktive und passive Wahlrecht.
- Deskriptive Repräsentation: numerische Ähnlichkeit zwischen gesetzgebenden Organen und der Wählerschaft, die sie in Bezug auf Geschlecht, Rasse, ethnische Zugehörigkeit oder andere demografische Merkmale vertreten; Frauen erreichen einen hohen Prozentsatz an Repräsentation in der Legislative.
- Substanzielle Vertretung: Eintreten für die Interessen und Belange einer Gruppe; für Frauen bedeutet dies, sicherzustellen, dass Politiker für die Belange von Frauen sprechen und sich für sie einsetzen.⁴⁷

Bei der formalen Vertretung geht es darum, dass Frauen das Recht haben, ohne jegliche Hindernisse gleichberechtigt mit Männern an der Politik teilzunehmen. Die Diskriminierung von Frauen auf dem Gebiet der Politik muss abgeschafft werden. Kurz gesagt, Frauen und Männer müssen vor dem Gesetz gleichgestellt sein, damit sie die gleichen Chancen haben, an der Politik teilzunehmen. Wenn wir auf die Entwicklung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern zurückblicken, war der Kampf um die formale Vertretung von Frauen in der Politik lang, schwierig und gelegentlich blutig. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war nicht abzusehen, ob

⁴⁶ Pateman, 1989.

⁴⁷ Paxton et al., 2017, S. 263-271.

sie im Kampf um das Wahlrecht überhaupt eine Chance haben würden. Derzeit ist dieser Kampf noch nicht zu Ende: Es gibt viele Fälle, z. B. wurden mehrere Abstimmungen durchgeführt, bevor Frauen 2005 in Kuwait das Wahlrecht erhielten, im Libanon ist ein Bildungsnachweis erforderlich, damit Frauen wählen dürfen, und in Saudi-Arabien haben Frauen gerade erst das Recht erhalten, an Kommunalwahlen teilzunehmen (2015). Die Einsicht, dass Frauen eine formale Vertretung in der Politik benötigen, hat sich in den letzten 100 Jahren fast allgemein durchgesetzt. Im Jahr 1946 verabschiedeten die Vereinten Nationen die erste Reihe von Resolutionen, die sich mit den politischen Rechten von Frauen befassten. Auf ihrer ersten Sitzung empfahl die UN-Generalversammlung allen Mitgliedstaaten, die Ziele ihrer Charta zu erfüllen, "den Frauen die gleichen politischen Rechte wie den Männern zu gewähren",⁴⁸ wobei nur etwa 50 % der UN-Mitgliedstaaten den Frauen das Wahlrecht zugestanden.

Erfreulicherweise können Frauen heute fast überall formell an der Politik teilnehmen, und die Erklärungen der Resolutionen sind sehr ernst zu nehmen, die den Frauen die Teilnahme an der Politik gewähren. Einer der wichtigsten Fortschritte wurde 1995 auf der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking erzielt. 189 Länder stimmten einer Aktionsplattform zu, in der es heißt: "Keine Regierung kann von sich behaupten, demokratisch zu sein, solange Frauen nicht das Recht auf eine gleichberechtigte Vertretung garantiert wird".⁴⁹ Die meisten Beobachtungen deuten jedoch darauf hin, dass die formale Repräsentation keine Garantie für eine substanzielle Anzahl von Frauen in politischen Machtpositionen darstellt. Obwohl 99% der Länder der Welt den Frauen das gleiche formale aktive und passive Wahlrecht zugestanden haben wie den Männern, gibt es immer noch weniger Länder, in denen mehr als 20% Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind, was bedeutet, dass Chancengleichheit durch formale Repräsentation keine Garantie dafür ist, dass eine große Zahl von Frauen in der Politik vertreten ist. In den letzten Jahrzehnten des 20.

⁴⁸ UN, 1995, Resolution 56 (1).

⁴⁹ UN, 1995.

Jahrhunderts begannen feministische Politiktheoretikerinnen daher zu behaupten, dass über die formale Repräsentation hinaus ein anderes Konzept der gleichberechtigten Vertretung erforderlich sei, das als deskriptive Repräsentation bezeichnet wird.

Die deskriptive Repräsentation ist ein weiterer Schritt zur gleichberechtigten Repräsentation, der besagt, dass es eine deskriptive Ähnlichkeit zwischen Vertretern und Wählern geben sollte. Wenn beispielsweise 50% der Bevölkerung Frauen sind, müssen sie auch etwa 50% der gesetzgebenden und ausführenden Organe stellen.

Nach Pitkin liegt eine deskriptive Repräsentation dann vor, wenn das äußere Erscheinungsbild eines Regierungsbeamten (z. B. Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit oder Rasse) dem seiner Wählerschaft ähnelt.

Eines der Hauptargumente für die deskriptive Repräsentation besagt, dass es nicht ausreicht, formale politische Gleichheit in der Politik herzustellen, indem man einfach das Wahlrecht verleiht. Außerdem sei damit nicht sichergestellt, dass Frauen unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Status an der Politik teilhaben könnten.⁵⁰

Die Befürworter einer deskriptiven Repräsentation betrachten daher die formale politische Gleichstellung nur als ersten Schritt zur Erreichung einer gleichberechtigten Vertretung von Frauen. Grundsätzlich können Gesetze sicherstellen, dass Frauen die gleichen Chancen haben, zu wählen und eine politische Karriere zu machen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass Frauen aufgrund einiger Faktoren möglicherweise nicht den gleichen Hintergrund oder die gleichen Fähigkeiten wie Männer mitbringen. Diejenigen, die traditionell untergeordnet, an den Rand gedrängt oder zum Schweigen gebracht wurden, brauchen die Sicherheit einer garantierten Stimme, und ... Demokratien müssen handeln, um das Ungleichgewicht auszugleichen, das Jahrhunderte der Unterdrückung hervorgebracht haben".⁵¹

Dazu müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, wie z. B. die Änderung

⁵⁰ Phillips, 1995.

⁵¹ Ebd.

von Wahlgesetzen und die Einführung von Geschlechterquoten, um sicherzustellen, dass Frauen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in der Politik stärker vertreten sind. Frauen sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Sozialisation und Lebenserfahrung anders als Männer. Aus diesem Grund "bringen Frauen andere Werte, Erfahrungen und Fachkenntnisse in die Politik ein".⁵²

In der Realität können Frauen nicht von Männern vertreten werden, weil Frauen andere Interessen, Verantwortlichkeiten und Werte haben (sowohl im Berufs- als auch im Familienleben). Im Idealfall vertreten Frauen sich selbst besser als Männer. Alle diese Argumente spielten eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung und Veränderung der politischen Position von Frauen in internationalen Erklärungen. So heißt es beispielsweise in der Aktionsplattform von Peking 1995:

"Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ist nicht nur eine Forderung nach einfacher Gerechtigkeit oder Demokratie, sondern kann auch als notwendige Bedingung dafür angesehen werden, dass die Interessen von Frauen berücksichtigt werden".⁵³

Leider reicht die formale und deskriptive Repräsentation nicht aus, um die gleichberechtigte Vertretung von Frauen zu verwirklichen und Frauenfragen in der Politik zu berücksichtigen. Denn wenn wir akzeptieren, dass Frauen andere Interessen haben als die, die von Männern vertreten werden, bleibt noch eine andere Frage offen: Inwieweit vertreten Frauen Frauen oder vertritt wirklich jede Frau andere Frauen? Es muss nicht immer Frauensolidarität geben und es sollte auch nicht die Verpflichtung bestehen, dass Frauen aufgrund des gleichen Geschlechts nur Frauen unterstützen müssen. Im Hinblick auf diese Diskussion gibt es eine andere Art der Vertretung, die als substantielle Vertretung bezeichnet wird, was bedeutet, dass die Interessen von Frauen in der politischen Arena gefördert werden

⁵² Ebd.

⁵³ UN 1995, Absatz 181.

sollten. Nach Pitkin ist das Eintreten für Frauen nicht gleichbedeutend mit dem Handeln für Frauen. Eine höhere Anzahl von Frauen in der Politik ist nur eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung dafür, dass die Interessen von Frauen bedient und gelöst werden. Außerdem reicht es nicht aus, dass Frauen in großer Zahl in der Politik vertreten sind, sondern Politikerinnen müssen auch bereit und in der Lage sein, die Interessen von Frauen in der Politik zu vertreten.⁵⁴

Wenn wir die Aussagen von Gelehrten über die inhaltliche Vertretung von Frauen sammeln, könnten Frauenpolitikerinnen, kurz gesagt, Frauenfragen - Themen, die für Frauen von besonderem Interesse und Belang sind - Vorrang einräumen, unterstützen oder für sie stimmen.

3.4 Einflussfaktoren politischer Beteiligung von Frauen

Viele Wissenschaftler sind der Ansicht, dass die Art des Regimes und des Wahlsystems einen direkten Einfluss auf die Vertretung und Beteiligung von Frauen in der Politik hat.

3.4.1 Art des Regimes

Die Demokratietheorie ist bekannt für die gleichberechtigte Vertretung und Beteiligung von Frauen und Männern in der Politik und auch in anderen Bereichen. Sandhya Rani meint:

"Wenn die Demokratie als beste Regierungsform bekannt ist, dann beinhaltet die politische Ermächtigung auch die Entscheidungsbefugnis, wobei der Begriff geschlechtsneutral ist. Wenn Entwicklung in irgendeiner Form strukturiert ist,

⁵⁴ Pitkin, 1967.

dann beinhaltet sie die gesellschaftliche Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten von Frauen".⁵⁵

Deshalb kann aus dieser Theorie abgeleitet werden, dass die Chancen für eine Verbesserung der politischen Beteiligung und Vertretung von Frauen größer sind, wenn das Niveau der Demokratie hoch ist.

Ronald Inglehart wies auch darauf hin, dass

"Länder, in denen Bürgerrechte und politische Freiheiten einen hohen Stellenwert haben, einen viel höheren Anteil an Frauen im Parlament aufweisen als Länder mit einem niedrigen Freiheitsniveau".⁵⁶

Daraus lässt sich schließen, dass Frauen in demokratischen Gesellschaften tendenziell relativ stärker im Parlament vertreten sind als Männer. Stockemer fordert, dass der Staat seinen Bürgern politische Freiheit garantieren und die Selbstentfaltung fördern sollte:

"Idealerweise sollten Frauen sowohl das Recht auf eine gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungsprozessen als auch das Recht haben, zu bestimmten Themen Stellung zu beziehen".⁵⁷

Diese Aussage wurde von Thanikodi und Sugirtha unterstützt, die argumentierten, dass das hohe Niveau der politischen Beteiligung von Frauen in Demokratien im Vergleich zu Nicht-Demokratien durch die Dauer des Regimes definiert werden kann.⁵⁸

So ist das längere Bestehen einer Demokratie ein Indikator für eine größere Zahl von Frauen, die sich politisch engagieren. Außerdem ist es für Regierungs- und Oppositionsmitglieder schwieriger, das Regime leicht zu wechseln. Levitsky und Way (2002) stimmen dieser Aussage zu und erklären, dass ein Land, das 20-30 Jahre lang eine Demokratie war,

⁵⁵ Sabu & Rani, 2007, S. 4-5.

⁵⁶ Inglehart et al., 2004, S. 5.

⁵⁷ Stockemer, 2009.

⁵⁸ Thanikodi & Sugirtha, 2007.

höchstwahrscheinlich auch weiterhin eine Demokratie bleiben wird.⁵⁹

Dies gilt jedoch nicht für Länder, die erst seit kurzem demokratisch sind oder, anders ausgedrückt, gerade den Übergang zur Demokratie vollzogen haben, wie die Länder Lateinamerikas und Osteuropas. Diese Länder haben große Fortschritte gemacht, indem sie in kurzer Zeit eine aktive Beteiligung von Frauen an der Politik gezeigt haben. Daher ist es fraglich, ob der Begriff des politischen Regimes, insbesondere der Demokratie, einen Einfluss auf die hohe politische Beteiligung von Frauen hat oder nicht.⁶⁰

Stockemer unterstützt, dass Demokratie politische Partizipation von Frauen und Männern bedeutet, und Inglehart et al. legen empirische Belege vor, die belegen, dass Frauen in Demokratien auf hohem Niveau partizipieren. So ergab eine länderübergreifende Untersuchung, dass in 65 demokratischen Ländern die Beteiligung von Frauen im Parlament höher ist als in anderen Ländern mit unterschiedlichen Regimetype.⁶¹

Darüber hinaus unterstreicht Patterson die Rolle der Staats- und Regierungschefs bei der Förderung der politischen Beteiligung und Vertretung von Frauen. Er stellt fest, dass die Staatsoberhäupter in Demokratien eher auf den Druck von Frauen reagieren, weil Frauen die gleichen politischen Rechte haben, um geschlechtsspezifische Probleme wie die politische Beteiligung von Frauen zu unterstützen und zu fördern. Daher könnten Länder mit einer starken Präsidentschaft sogar einen noch stärkeren Einfluss auf die Beeinflussung und Förderung der politischen Beteiligung von Frauen haben als Demokratien.⁶²

Um die Wirkung der Demokratie zu beweisen, können wir sie mit dem Autoritarismus vergleichen, in dem Frauen bei ihren Bemühungen, in die Politik zu gelangen, wahrscheinlich auf Schwierigkeiten stoßen.

Waylen wies darauf hin, dass die Rolle der Frau in autoritären Regimen eher

⁵⁹ Levitsky, 2010, S. 5-6.

⁶⁰ Adams & Tancred, 2000, S. 220.

⁶¹ Inglehart et al., 2004, S. 15-16.

⁶² Patterson, 2000.

"traditionell" ist und sich auf die Aufgaben im Haushalt und die Verantwortung als Hausfrau beschränkt. Diese Art von Aufgaben unterstützt Frauen nicht dabei, höhere Positionen in der Politik anzustreben und verhindert in Wirklichkeit ihren Fortschritt. Die Autorin betonte, dass ein solches traditionelles, starkes, patriarchalisches Wertesystem nur geschlechtsspezifisch getrennte Rollen schafft, und außerdem wirken sich diese so genannten "traditionellen kulturellen Werte" negativ auf die Verbesserung, den Fortschritt und die Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen aus.⁶³

Einige andere Wissenschaftler stellen jedoch fest, dass nicht nur das Niveau der Demokratie, sondern vielmehr der Demokratisierungsprozess selbst mehr Einfluss auf die politische Beteiligung von Frauen hat.⁶⁴

Laut Fallon, Swiss und Viterna ist die Bedeutung des Regimetyps fraglich, da in nicht-demokratischen Staaten die Beteiligung von Frauen an der Legislative zwar hoch ist, sie aber in der Realität nicht viel politische Macht haben. Theoretiker zeigen, dass Merkmale des Demokratisierungsprozesses wie "das vordemokratische Erbe des Landes, das historische Wahlsystem und die Einführung von Quoten"⁶⁵ die politische Beteiligung von Frauen in demokratischen und nicht-demokratischen Ländern gleichermaßen erhöhen können.

Darüber hinaus gibt es selbst unter den demokratischen Ländern eine große Bandbreite an Beteiligungsquoten. Stockemer argumentiert, dass es demokratische Länder gibt, in denen die Zahl der Frauen in der Politik tatsächlich niedrig ist. Er stellte dies fest, indem er 98 Länder in Asien, im pazifischen Raum, in Afrika und in Amerika untersuchte, um die Auswirkungen des Regimes auf die politische Beteiligung von Frauen zu untersuchen. Seine Analyse ergab, dass Demokratien mit durchschnittlich 17,7% weiblichen Abgeordneten nur geringfügig mehr weibliche Parlamentsmitglieder haben als Nicht-Demokratien, die durchschnittlich

⁶³ Waylen, 1997, S. 369.

⁶⁴ Fallon et al., 2012, S. 380-408.

⁶⁵ Ebd.

16% aufweisen.⁶⁶

Dies deutet darauf hin, dass die Förderung des Aufstiegs von Frauen in die Politik auf einem ähnlichen Niveau liegt wie in Nicht-Demokratien; mit anderen Worten, die Auswirkungen der Demokratie unterscheiden sich nicht wesentlich von den Auswirkungen der Nicht-Demokratie. Diese Erklärung wird auch von Fallon, Swiss und Viterna unterstützt, die argumentieren, dass sich die Demokratisierung nicht direkt auf die Beteiligung von Frauen an der Politik auswirkt. Darüber hinaus kommen Fallon, Swiss und Viterna zu dem Schluss, dass Länder, die gerade erst zur Demokratie übergegangen sind, der Parteipolitik mehr Aufmerksamkeit schenken, wobei Frauen in der Regel nicht berücksichtigt werden. Aus den Forschungsergebnissen der Wissenschaftler über die Beteiligung von Frauen in der Demokratie und in der Nicht-Demokratie lässt sich daher ableiten, dass es fraglich ist, ob die politische Beteiligung von Frauen vom politischen System eines bestimmten Landes abhängt.⁶⁷

3.4.2 Wahlsystem

Neben der Art des Regimes gibt es auch interne Faktoren, die die Beteiligung von Frauen an der Politik beeinflussen können. Theoretiker betonen, dass der Einfluss des Wahlsystems ein weiterer wichtiger Punkt bei der Demokratisierung ist. Eines der Merkmale der Demokratie ist das Recht auf freie Wahlen. Wissenschaftler identifizieren die Auswirkungen der Demokratie auf die politische Beteiligung von Frauen anhand der Anzahl der gewählten Frauen in den jeweiligen Institutionen.⁶⁸ Um eine allgemeine Vorstellung vom Wahlsystem zu bekommen, möchte ich kurz auf dieses Konzept eingehen.

Dank der fruchtbaren Arbeit von Maurice Duverger (1954), Douglas Rae (1971) und der umfangreichen Literatur anderer Wissenschaftler können wir

⁶⁶ Stockemer, 2009, S. 437.

⁶⁷ Fallon et al., 2012, S. 380-408.

⁶⁸ Tremblay, 2007, S. 533-553.

die Haupttypen von Wahlsystemen klassifizieren.

- Mehrheitswahlsystem (einschließlich Pluralität, zweiter Wahlgang und alternative Wahlsysteme); dies ist das älteste Wahlsystem, das in solche unterteilt werden kann, bei denen die Kandidaten eine Mehrzahl oder eine absolute Mehrheit der Stimmen erhalten müssen, um gewählt zu werden.
- Halbproportionale Systeme (wie die übertragbare Einzelstimme, die kumulative Stimme und die begrenzte Stimme); dieses System bietet eine weitere Option, einschließlich der kumulativen Stimme, bei der die Bürger so viele Stimmen erhalten wie Vertreter, und bei der die Stimmen für einen einzelnen Kandidaten kumuliert werden können.
- Proportionales Wahlsystem (einschließlich offener und geschlossener Parteilisten unter Verwendung der Formel der größten Reste und des höchsten Durchschnitts); dieses System legt den Schwerpunkt auf die Einbeziehung von Minderheitenstimmen. Das Prinzip des Verhältniswahlsystems besteht darin, dass die Sitze in einem Wahlkreis nach der Anzahl der für die Parteilisten abgegebenen Stimmen aufgeteilt werden. Die Parteilisten können offen oder geschlossen sein, damit die Wähler ihre Präferenzen für bestimmte Kandidaten innerhalb der Liste zum Ausdruck bringen können.
- Gemischte Systeme (wie das System der zusätzlichen Mitglieder, das Mehrheits- und Verhältniswahlen kombiniert). Bei diesem System haben die Wähler zwei Wählerstimmen für die Legislative, eine für eine Parteiliste in einem Verhältniswahlsystem und eine für einen Kandidaten in einem Einzelwahlsystem.⁶⁹

Länderübergreifende Analysen haben ergeben, dass es einen dauerhaften Zusammenhang zwischen der Art des Wahlsystems und der Zahl der in die Legislative gewählten Frauen gibt. Der weltweite Durchschnitt zeigt, dass in Ländern, in denen das Verhältniswahlrecht mit Parteilisten praktiziert

⁶⁹ Norris, 1997, S. 297-312.

wird, der Anteil der weiblichen Abgeordneten mehr als doppelt so hoch ist (20%) wie in Ländern, in denen die Wahl in Einzeldistrikten erfolgt (9%).⁷⁰

Statistiken zufolge stieg der Frauenanteil in Ländern mit PR-Wahlen deutlich stärker an als in Ländern mit SMD-Wahlen.⁷¹ Länder, in denen sowohl PR- als auch SMD-Wahlen durchgeführt werden, weisen auf die gleiche Divergenz bei der Repräsentation von Frauen zwischen den beiden Wahlsystemen hin.⁷²

Einerseits ist die empirische Beziehung zwischen PR und einer höheren Repräsentation von Frauen in westlichen Demokratien gut belegt, andererseits sind die Gründe für diese Beziehung nicht völlig klar. Tatsache ist, dass PR-Systeme mehr weibliche Abgeordnete hervorbringen, doch einige Wissenschaftler argumentieren, dass die Listenwahlen der Parteien kulturelle Vorurteile gegenüber weiblichen Kandidaten ausräumen, indem sie die Wähler zwingen, für Parteien und nicht für Einzelpersonen zu stimmen. Norris stellte fest, dass kandidatenzentrierte Wahlen in Verbindung mit Wahlen in Einpersonwahlbezirken dazu führen, dass das Geschlecht ein wesentlich stärkerer Faktor bei der Wahlentscheidung ist, was in der Regel die Wahlchancen von Frauen schmälert.⁷³

Dennoch gibt es wichtige empirische Belege dafür, dass die geschlechtsspezifische Voreingenommenheit der Wähler bei der Wahl von Frauen in öffentliche Ämter in den USA nicht mehr der Hauptfaktor ist. Wenn es ihnen gelingt, die Nominierung ihrer Partei zu erhalten, schneiden weibliche Kandidaten der großen Parteien genauso gut ab wie ihre männlichen Kollegen.⁷⁴

Darüber hinaus ist es offensichtlich, dass die Unterscheidung zwischen PDR- und SMD-Wahlsystemen der bekannte und durchweg wichtige Einfluss auf die Wahl von Frauen ist, was einen hohen Zusammenhang

⁷⁰ Rule, 1994, S. 18.

⁷¹ Matland & Studlar, 1996, S. 707-733.

⁷² Rule, 1987, S. 489.

⁷³ Norris, 1987.

⁷⁴ Darcy et al., 1994, S. 175.

zwischen PDR und Frauenvertretung bedeutet.⁷⁵

Darüber hinaus argumentieren Wahlsystemforscher, dass die Größe der Wahlbezirke ein geeigneteres Maß ist, weil es die zunehmenden Unterschiede im Wahlsystem untersucht. Während die PR- und SMD-Klassifizierung zwischen Systemen mit einem einzigen Sitz und allen anderen unterscheidet, verdeutlicht die Bezirksgröße die Unterschiede zwischen den PR-Systemen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Beziehung zwischen der Größe der Wahlkreise und der Repräsentation von Frauen eher uneinheitlich ist.⁷⁶

Stockemer betonte ebenfalls, dass das Wahlsystem ein weiterer Faktor für die Vertretung von Frauen ist. In seiner Untersuchung wies er darauf hin, dass sich das Verhältniswahlsystem mit Parteilisten in jedem politischen System positiv auf Frauen und ihre Beteiligung an der Politik auswirkt.⁷⁷

Diese Aussage wird von Fallon et.al unterstützt, die bestätigen, dass die legislative Vertretung von Politikerinnen mit der Einführung des Verhältniswahlsystems zunimmt. Im Verhältniswahlrecht ist das Verhalten der Parteien wichtig. Denn es wird angenommen, dass die Parteien eher in der Lage sind, auf den Druck für eine stärkere Vertretung von Frauen zu reagieren, wenn die Nominierungsentscheidungen zentralisiert sind, wie es bei der PR der Fall ist.⁷⁸

Bei SMD-Wahlen wird der Nominierungsprozess meist von den lokalen Parteiorganen kontrolliert, was die Möglichkeiten für Gegenmaßnahmen gegen weibliche Kandidaten erhöht.⁷⁹

Darüber hinaus können die Parteien in der PR-Wahl Frauen auf ihrer Liste aufstellen, um ein Gleichgewicht herzustellen und eine breitere Wählerschaft anzuziehen, während in der SMD-Wahl der Kandidat im

⁷⁵ Engstrom, 1987.

⁷⁶ Welch & Studlar, 1990, S. 391-412.

⁷⁷ Stockemer, 2009, S. 429-443.

⁷⁸ Fallon et.al, 2012.

⁷⁹ Norris, 1993, S. 314-315.

Mittelpunkt des Wettbewerbs in einem bestimmten Bezirk steht.⁸⁰

Im Vergleich zur PR geht es bei der SMD darum, als Erster einen Sitz zu erobern; die Mehrheit des Sieges spielt keine Rolle. Daher haben in sicheren Bezirken selbst wichtige Übertritte zu einer dritten Partei, die eine weibliche Kandidatin aufstellt, nicht notwendigerweise Auswirkungen auf den Sitzanteil der großen Parteien. Der Hauptvorteil des PR-Systems besteht darin, dass es kleinen Parteien die Möglichkeit gibt, an Wahlen teilzunehmen.

Das gemischte Wahlsystem gibt Aufschluss über die Systeme und stellt ein hervorragendes Laboratorium dar, um die Auswirkungen von Wahlsystemen zu testen, da die Wähler zwei Stimmzettel unter sehr unterschiedlichen Wahlregeln abgeben.⁸¹

Außerdem werden gemischte Wahlsysteme auf der ganzen Welt immer häufiger eingesetzt, so dass die Wahlsysteme jedes einzelne Land je nach seinem politischen Kontext beeinflussen, wie z. B. konsolidierte Demokratien, weniger entwickelte Länder und postkommunistische Staaten. Jedes Wahlsystem hat Vor- und Nachteile, daher gibt es nicht das eine beste System. Lijphart erklärte, dass für Länder mit tief verwurzelten ethnischen, religiösen oder ethnischen Spaltungen wie Russland oder Israel das Verhältniswahlsystem die integrativere Option wäre. Für Länder, die bereits stark zentralisiert sind, wie Großbritannien und Neuseeland, könnte hingegen das Mehrheitswahlsystem eine geeignete Option sein. Somit wirkt sich das Wahlsystem unter verschiedenen Bedingungen und Kontexten auf die Vertretung der Frauen aus.⁸²

3.4.3 Geschlechterquoten

Geschlechterquoten sind eines der am schnellsten wachsenden Teilgebiete der Forschung über Frauen und Politik. Seit vielen Jahren konzentrieren

⁸⁰ Matland & Studlar, 1996, S. 709.

⁸¹ Moser, 1995, S. 353.

⁸² Norris, 1997, S. 297-312.

sich Forscher auf dieses Thema in einzelnen Ländern oder Regionen, um die Auswirkungen von Geschlechterquoten auf die politische Vertretung und Beteiligung von Frauen zu untersuchen. Die Erklärung dieses Phänomens hängt also vom Einzelfall ab, aber eine breit angelegte vergleichende Analyse mit einzelnen Ländern und Regionen liefert uns eine allgemeine Bedeutung und Wirkung der Geschlechterquote auf die Vertretung von Frauen in der Gesetzgebung. Gegenwärtig ist die Geschlechterquote in allen wichtigen Regionen anzutreffen und weist ein breites Spektrum an institutionellen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Merkmalen auf. Einige Wissenschaftler sind der Ansicht, dass die Einführung der Geschlechterquote einerseits den Anteil der Frauen im Parlament weltweit erhöht hat, andererseits aber in einigen Ländern noch keine dramatischen Veränderungen bei der Zahl der weiblichen Abgeordneten zu verzeichnen sind. Die Analyse zeigt, dass die Verbreitung von Quoten in allen Weltregionen ein Signal für die zunehmende Vertretung von Frauen in der Politik ist. Darüber hinaus stellt die Einführung von Geschlechterquoten in den nationalen Parlamenten und in den einzelnen politischen Parteien eine große Herausforderung für die Demokratietheorie dar, die oft dazu neigt, die Rolle der Frauen und des Geschlechts zu ignorieren, obwohl mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung Frauen sind. Krook hat die Bedeutung von Geschlechterquoten für die aktive Beteiligung von Frauen an der Politik konkretisiert. Die Präsenz von Frauen in der Politik spiegelt nicht nur ihren sozialen und wirtschaftlichen Status wider, sondern ist auch ein Indikator für das Niveau der demokratischen Werte, insbesondere für die gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter in einem Land oder einer Region.⁸³

Bislang wurde viel für die soziale und wirtschaftliche Stellung der Frauen getan, indem ihre Teilnahme an der Hochschulbildung und an der Alphabetisierung von Erwachsenen, ihre Erwerbsbeteiligung und die Faktoren, die Frauen begünstigen, verbessert wurden. Dennoch hat sich die

⁸³ Krook, 2009, S. 6.

Verbesserung der Beteiligung von Frauen an gewählten Ämtern in vielen etablierten Demokratien sowie in vielen demokratischen Übergangs- und Konsolidierungsstaaten verzögert. Wie Lovenduski, Norris und Reynolds zusammenfassten, ist die gläserne Decke für die politische Teilhabe von Frauen an gewählten Ämtern auch im 21. Jahrhundert noch nicht überwunden: So überwiegt nach Statistiken der Interparlamentarischen Union die Zahl der männlichen Parlamentarier immer noch die der Frauen.⁸⁴

Pippa Norris schlug vor, dass es verschiedene Maßnahmen gibt, um die Vertretung von Frauen zu erhöhen. Eine davon sind Strategien der positiven Diskriminierung, d. h. die Festlegung verbindlicher Gruppenquoten für die Auswahl von Kandidaten aus bestimmten sozialen oder politischen Gruppen. Obwohl das Phänomen "Quote" frei verwendet wird, unterscheiden sich diese Strategien in drei wichtigen Punkten. Zunächst können Quoten auf verschiedenen Ebenen mit Prozentsätzen wie 20, 30, 40 oder 50 % festgelegt werden, und dann werden diese Quoten auf verschiedene Stufen des Auswahlverfahrens angewandt, einschließlich Parteiämter, parlamentarische Bewerber, Wahllisten von Parlamentskandidaten und reservierte Parlamentssitze. Danach können diese Quoten per Gesetz oder durch interne Parteiregeln umgesetzt werden. Um einen hohen Anteil von Frauen im Parlament zu erreichen, wäre die Einführung von gesetzlichen Quoten eine wirksame Lösung. Im Allgemeinen zielt die Politik der positiven Diskriminierung darauf ab, die Gleichheit der Ergebnisse zu erreichen. Dennoch gibt es einige Befürworter, die behaupten, dass positive Diskriminierung für einige Personen nicht immer "fair" ist. Denn einige Gruppen werden in den Einstellungsprozess einbezogen, während andere aufgrund ihrer Rasse, ihres Ethno-Nationalismus, ihrer Region oder ihrer sprachlichen Merkmale automatisch ausgeschlossen oder einbezogen werden. Dahlrup stellte fest, dass das Verfahren bestimmte Personen aufgrund von Merkmalen, die ihrer Gruppe gemeinsam sind, positiv

⁸⁴ Lovenduski & Norris, 1993.

diskriminiert.⁸⁵

Andererseits sollten wir die positiven Auswirkungen von Strategien zur Kenntnis nehmen. In jüngster Zeit haben Länder wie Südafrika, Indien, Norwegen, Großbritannien, Neuseeland und Argentinien aufgrund von Strategien der positiven Diskriminierung, die durch Parteiverordnungen oder Wahlgesetze umgesetzt wurden, bessere politische Fortschritte für weibliche Parlamentarier erzielt. Gleichzeitig gibt es aber auch Gegenargumente, dass die Änderung der Regeln für die politische Rekrutierung nicht immer der Grund dafür war, Frauen den Zugang zu gewählten Ämtern zu ermöglichen.⁸⁶

Befürworter behaupten jedoch, dass unterrepräsentierte politische Minderheiten eine positive Diskriminierung benötigen, um die historische Benachteiligung zu ändern, mit der sie während ihres Kampfes um ein Amt konfrontiert sind.⁸⁷

In der zunehmenden Literatur über Geschlechterquoten wird eine Vielzahl von Typen zur Klassifizierung verschiedener Quotenmaßnahmen vorgestellt. Nach allgemeiner Auffassung der meisten Wissenschaftler gibt es grundsätzlich drei Arten von Geschlechterquoten, die in Ländern weltweit angewandt werden: reservierte Sitze, Parteiquoten und legislative Quoten.⁸⁸

Die Maßnahme der reservierten Sitze wurde ab 1930 eingeführt und später in den 1970er Jahren zur Hauptart der Quotenregelung. Diese Politik wurde durch Verfassungsreformen und Wahlgesetze eingeführt, um separate Sitze für Frauen auf der Grundlage der einzelnen Wahlbezirke und des Stimmenverhältnisses zu schaffen. Im Vergleich zu Partei- und Parlamentsquoten gewährleisteten reservierte Sitze eine Mindestanzahl von Mandaten für weibliche Abgeordnete. Dabei geht es nicht nur um die Festlegung des Frauenanteils unter den politischen Kandidaten.⁸⁹

⁸⁵ Dahlerup & Drude, 1998.

⁸⁶ Norris, 1997, S. 297-312.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Krook, 2005.

⁸⁹ Ebd.

Darüber hinaus werden reservierte Sitze nicht nur genutzt, um die Vertretung weiblicher Kandidaten, sondern auch bestimmter ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheitengruppen im Parlament zu gewährleisten. Annehmbare Nachteile sind, dass die Verabschiedung politisch-rechtlicher Vorschriften schwierig sein könnte und dass das System aufgrund einiger Argumente, die besagen, dass diese Maßnahme die Wahlmöglichkeiten der Kandidaten einschränkt, als weniger fair empfunden werden könnte als andere Möglichkeiten zur Förderung von Minderheitengruppen, und dass die Höhe der Quote den Status quo betonen und als Obergrenze statt als Untergrenze für jede Minderheitengruppe wirken könnte.

Darüber hinaus stellte Dahlerup (2006) fest, dass reservierte Sitze von anderen Maßnahmen ausgeschlossen sind, da sie keinen Einfluss auf die Nominierung von Kandidaten haben, sondern vielmehr eine bestimmte Garantie dafür bieten, wer ein politisches Amt übernehmen kann.⁹⁰

Parteiquoten sind die gängigste Form der Geschlechterquote, die erstmals 1970 von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa eingeführt wurde und sich dann auf Regionen in der ganzen Welt ausbreitete. Meier (2004) stellte fest, dass es in einigen Ländern neben anderen Arten von Quoten auch Parteiquoten gibt, um die Vertretung von Frauen zu fördern.⁹¹

Wie Krook, Lovenduski und Norris analysierten, zielen Parteiquoten darauf ab, einen bestimmten Anteil an weiblichen Kandidaten in politische Ämter zu bringen. Auf diese Weise legen die Parteien neue Kriterien für die Kandidatenauswahl fest, die von den Eliten verlangen, bestehende Vorurteile zu erkennen und auf die Rekrutierung zu achten.⁹²

Wissenschaftler haben festgestellt, dass Parteiquoten zwar darauf abzielen, die politische Repräsentation von Frauen zu erhöhen, dass sie aber auch auf

⁹⁰ Dahlerup, 2006, S. 3-31.

⁹¹ Meier, 2002, S. 583-600.

⁹² Lovenduski & Norris, 1993.

die Unterstützung anderer Minderheitengruppen ausgerichtet sind.⁹³

Parteiquoten werden in Ländern mit Verhältniswahlrecht und Mehrheitswahlrecht eingeführt. In Ländern, die ein Verhältniswahlssystem anwenden, bestimmen Parteiquoten die Zusammensetzung der Parteilisten. Dabei wenden einige Parteien die Quote auf die Liste als Ganzes an; andere richten sie auf die Anzahl der Sitze auf der Liste, die sie bei den kommenden Wahlen voraussichtlich gewinnen werden. In Ländern mit Mehrheitswahlssystemen beziehen sich die Parteiquoten in der Regel auf eine Gruppe von Wahlkreisen mit nur einem Mitglied.⁹⁴

Matland und Kolinsky unterstützen die Strategie der Parteiquoten und weisen auf die positiven Auswirkungen dieser Strategie auf die Erhöhung des Frauenanteils hin.⁹⁵

Gesetzliche Quoten sind die neueste Form der Quotenpolitik, die seit 1990, als die Frage der Frauenvertretung auf die Tagesordnung vieler internationaler und nichtstaatlicher Organisationen gelangte, vor allem in Entwicklungsländern eingesetzt wird. Legislative Quoten werden durch Reformen der Wahlgesetze und Verfassungen eingeführt und ähneln den Parteiquoten insofern, als sie sich mit dem Auswahlverfahren der Parteien befassen, jedoch sollten die nationalen Parlamente vorschreiben, dass alle Parteien eine bestimmte Anzahl von weiblichen Kandidaten aufstellen. Außerdem sind sie verbindlich und gelten für alle politischen Parteien. Bei der Umsetzung dieser Prozessanforderungen bieten gesetzliche Quoten die Möglichkeit, "Geschlecht" als eine wichtige politische Identität anzuerkennen. Wie die Parteiquoten fordern sie, dass Frauen zwischen 25 und 50 Prozent aller Kandidaten ausmachen müssen. Sie betreffen jedoch umfassendere Reformprozesse, die auf eine Änderung der Verfassungs- und Wahlgesetze abzielen, und nicht nur auf den Inhalt einzelner Parteistatuten. Außerdem werden die gesetzlichen Quoten von allen Abgeordneten, die Parteien aller Parteien vertreten, absolut gebilligt. Darüber hinaus ist der

⁹³ Celia, 2005, S. 174-194.

⁹⁴ Opello, 2006.

⁹⁵ Matland, 1993, S. 737-755.

Inhalt dieser Quotenmaßnahme auch geschlechtsneutral und unterstützt das unterrepräsentierte Geschlecht: Frauen und Männer zusammen.

Das Ziel der oben genannten Geschlechterquoten ist es, mehr Frauen in die Politik zu bringen und sicherzustellen, dass diese Frauen nicht vom politischen Leben ausgeschlossen werden. Empirische Studien zeigen, dass nach der Einführung von Geschlechterquoten die Zahl der weiblichen Abgeordneten in den jeweiligen Parlamenten gestiegen ist. Wissenschaftler stellen jedoch fest, dass Geschlechterquoten als symbolische Politik des jeweiligen Landes eingesetzt wurden, um auf die Gleichstellungsforderungen der nationalen und internationalen Gesellschaft zu reagieren. In diesen Fällen ist die Anwendung von Geschlechterquoten also nicht unbedingt eine Garantie für einen hohen Frauenanteil im Parlament. Umgekehrt haben einige nordische Länder auch ohne Quoten ein hohes Maß an Frauenvertretung erreicht. Daher ist es schwierig, zu dem Schluss zu kommen, dass sich Geschlechterquoten definitiv auf die Vertretung von Frauen auswirken werden, da dies von Fall zu Fall unterschiedlich ist.⁹⁶

3.5 Faktoren auf Mikro- oder individueller Ebene

Neben den strukturellen oder makroökonomischen Einflüssen untersuchten Wissenschaftler die politische Beteiligung von Frauen auf der Makro- oder individuellen Ebene. Wissenschaftler wie Sheckels, Gutgold und Carlin erstellten eine Liste von Hindernissen, die aus den Geschichten von neun Frauen während ihrer Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen gewonnen wurden. Als Ergebnis wurde eine Vielzahl möglicher Hindernisse ermittelt, wobei die Haupthindernisse für die politische Beteiligung von Frauen folgende waren: Familie, finanzielle Unterstützung, persönliche Einstellungen, Stil, Rhetorik, traditionelle Normen und

⁹⁶ Mann, 2011.

Geschlechterstereotypen.⁹⁷

3.5.1 Hintergrund

Der Hintergrund ist einer der Faktoren, die die politische Beteiligung von Frauen beeinflussen. Diese Aussage wird von einer Reihe von Wissenschaftlern unterstützt. Einer von ihnen ist Kaufmann, der behauptet, dass sich die familiären Werte und Bedingungen direkt auf die zukünftige Karriere von Mädchen auswirken. Viele Mädchen werden in der Regel von der Erziehung ihres Vaters beeinflusst und folgen gerne dem Karriereweg ihres Vaters. Frauen, die auf diese Weise erzogen wurden, sind in der Lage, mit Männern auf wettbewerbsfähigere Weise zu kommunizieren.⁹⁸

Darüber hinaus hat Skard Nachforschungen über Präsidentinnen und Premierministerinnen des letzten Jahrhunderts auf der ganzen Welt angestellt; er kommt zu dem Schluss, dass Frauen oft in die Politik gehen, weil ein Familienmitglied aktiv in der Politik tätig ist. Ein Beispiel: Der Vater von Gloria Macapagal-Arroyo, der ersten Vizepräsidentin und ehemaligen Präsidentin der Philippinen (2001-2010), Diosdado Macapagal, war ebenfalls Präsident der Philippinen (1961-1965), der Vater von Indira Gandhi, der ersten Premierministerin Indiens (1966-1977 und 1980-1984), Jawaharlal Nehru, war der erste Premierminister Indiens, und die bekannte Margaret Thatcher, deren Töchter in der Regel ihrem Vater folgten. Solche Fälle gibt es natürlich zuhauf. Es gibt nicht nur Väter, sondern auch Politikerinnen, die durch die politische Beteiligung ihrer Mütter inspiriert wurden, z. B. Indira Gandhi, die von ihrer Mutter politisch beeinflusst wurde. Daher stellte Skard fest, dass, wenn sich die Eltern politisch engagieren, zu Hause immer wieder über politische Themen und Fragen diskutiert wird.⁹⁹

Dieser Gedanke wird von Sheckels et al. unterstützt, wo er zustimmt, dass

⁹⁷ Sheckels et al., 2012.

⁹⁸ Kaufman, 2012.

⁹⁹ Skard, 2015, S. 467.

die Beziehung zwischen Tochter und Vater, die der Karriere folgt, Frauen dazu bringt, politisch aktiv zu sein und ihre zukünftige politische Karriere zu beeinflussen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der hervorgehoben werden muss, ist, dass Politikerinnen verheiratet sind und Kinder haben, was als eines der potenziellen Hindernisse für eine aktive Beteiligung an der Politik angesehen wird. Wie Skard feststellte, hat der Beruf der Ehemänner der meisten Politikerinnen nichts mit der Politik zu tun, wenn es um das gegenseitige Verständnis und die Ermutigung der Ehefrauen geht. Aus der Bibliografie der meisten Politikerinnen geht außerdem hervor, dass sie zweimal verheiratet oder geschieden waren und trotzdem erfolgreich in der Politik tätig waren. Umgekehrt gibt es Frauen, die mit ihren Ehemännern in der Politik zusammenarbeiten und sogar sehr gut zurechtkommen, indem sie sich gegenseitig unterstützen. Laut Skard kann in Industrieländern die Zusammenarbeit mit dem Ehemann in der Politik ein Hindernis für Politikerinnen darstellen, während sie in Entwicklungsländern als normale politisch engagierte Familie akzeptiert wird.¹⁰⁰

Darüber hinaus haben Scheckels et.al. das Problem der Scheidung von Frauen in der Politik angesprochen, das ein Hindernis für ihre politische Karriere darstellt. Daher schlug er vor, dass es besser wäre, wenn Frauen zuerst heiraten und eine Familie gründen, bevor sie in die Politik gehen, um parallel ihre glückliche Familie zu retten und politisch erfolgreich zu sein.

Darüber hinaus betrachten Wissenschaftler Kinder von Politikerinnen als weiteres Hindernis für ihre Karriere. Skard sagte, dass in den Industrieländern, insbesondere in den westlichen Ländern, die Ehemänner die gleiche Verantwortung für die Kindererziehung übernehmen wie ihre Frauen, um sie mit der Familie zu vereinbaren, während in den Entwicklungsländern oder in den traditionell strengen Ländern die Frauen bei der Teilnahme an der Politik auf Hindernisse stoßen, weil sie die volle Verantwortung für die Kindererziehung tragen. In Anbetracht der Tatsache,

¹⁰⁰ Ebd.

dass Kinder ein Hindernis für Politikerinnen darstellen, argumentieren Sheckels und andere, dass Frauen ihre politische Karriere erst dann beginnen oder fortsetzen, wenn sie ihre Kinder bis zu einem gewissen Alter erzogen haben.

3.5.2 Politischer Stil

Die Klassifizierung des politischen Stils von Frauen wird von verschiedenen Wissenschaftlern vorgenommen. Zunächst wird untersucht, ob männliche und weibliche Politiker unterschiedliche politische Stile haben und worin sie sich voneinander unterscheiden. Laut Costantini unterscheiden sich die politischen Stile von Frauen und Männern aufgrund ihrer unterschiedlichen Ansichten, Ergebnisse und Erwartungen an das jeweilige Thema.¹⁰¹

Kaufmann unterschied die Herangehensweise von Frauen und Männern an die Politik, indem er feststellte, dass Politikerinnen sich auf den Prozess konzentrieren, während männliche Politiker gerne Entscheidungen treffen und zu einem Ergebnis kommen.¹⁰²

Eine andere Wissenschaftlerin, Cheryl de la Rey, behauptet, dass Politikerinnen eher in der Lage sind, einen alternativen politischen Stil anzubieten, was männlichen Politikern meist nicht gelingt.

Darüber hinaus informieren Sheckels et al. darüber, dass Frauen, nachdem sie in der Politik eine Entscheidungsposition eingenommen haben, beginnen, soziale Probleme, einschließlich Frauenfragen, anzusprechen, was für den schwachen Teil der Gesellschaft von Nutzen ist. Skard sagt, dass Frauen in der Politik gut darin sind, Verhandlungen, Frieden und Zusammenarbeit herzustellen. Offensichtlich nutzen Frauen die positive Diskriminierung, um die Rolle der Frauen zu unterstreichen und geschlechtsspezifische Probleme zu lösen, da sie mehr Wissen über Frauenfragen haben als männliche Politiker. Es gibt eine Reihe von Empfehlungen von Forschern für Frauen

¹⁰¹ Costantini, 1990, S. 741-770.

¹⁰² Kaufmann, 2012.

in der Politik. In Anbetracht des Unterschieds zwischen dem politischen Stil von Frauen und Männern rät Hunt, dass Frauen diesen Unterschied zu ihrem eigenen Vorteil und nicht zum Nachteil nutzen sollten.¹⁰³

Jalalzai und Krook untersuchten in ihrer Studie die Biografien von Politikerinnen und fanden heraus, dass der Führungsstil von Politikerinnen ihre politische Beteiligung beeinflusst. Sie unterteilten die Politikerinnen in zwei Gruppen: Thatcher und Gandhi beispielsweise verfolgten eine maskuline Politik, anstatt eine frauenfreundliche Politik zu betreiben, während eine andere Gruppe von Frauen eine frauenfreundliche Politik verfolgte. Daraus können wir ersehen, dass Frauen einen anderen politischen Stil als ihre männlichen Kollegen haben, gleichzeitig haben aber nicht alle Politikerinnen denselben politischen Stil.¹⁰⁴

Welch und Sigelman wiesen auf Faktoren hin, die das politische Engagement von Frauen behindern. Nach Prüfung der Hypothesen stellte er fest, dass in Ländern, in denen ein Verständnis von Frauensolidarität besteht, keine Hindernisse bei der politischen Führung bestehen.¹⁰⁵

Darüber hinaus schlug Kruschke ein weiteres interessantes Merkmal vor, das den Einfluss von Frauen in der Politik fördern könnte. Er kommt zu dem Schluss, dass Frauen, die ihre politische Beteiligung optimistisch sehen, höchstwahrscheinlich in der Politik mitarbeiten.¹⁰⁶

Darüber hinaus schlug Trimble eine Liste von Merkmalen vor, die die politische Beteiligung von Frauen erhöhen könnten. Er ist der Ansicht, dass Frauen als Vertreterinnen stark, charismatisch, ehrgeizig und wettbewerbsfähig sein sollten.¹⁰⁷

¹⁰³ Hunt, 2007, S. 109-120.

¹⁰⁴ Jalalzai & Krook, 2010, S. 5-21.

¹⁰⁵ Welch & Sigelman 1982, S. 312-322.

¹⁰⁶ Kruschke, 1966, 67-75

¹⁰⁷ Trimble, 2007, S. 969-993.

4 Historische Entwicklung der Frauenbewegungen im Irak

Ein Rückblick auf die Zeit der Bildung des irakischen Staates ist für das Verständnis der Gegenwart von zentraler Bedeutung. Die soziale, politische und wirtschaftliche Dynamik, welche insbesondere die Kolonialzeit kennzeichnet, prägte die Entstehung der sogenannten „Frauenfrage“ die Art und Weise, wie Frauen und Geschlechterfragen von verschiedenen sozialen und politischen Akteuren im Irak angesprochen und diskutiert wurden und ist auch wesentlich, wenn es darum geht, eine historisch-kritische Entwicklung dieses Diskurses in der irakischen Gesellschaft nachzuzeichnen.

In Übereinstimmung mit Edward Saids Arbeit zum Orientalismus, hat insbesondere die Wissenschaftlerin Leila Ahmed in ihrem Werk *Seminal Women and Gender in Islam* einen detaillierten Einblick in die Art und Weise, wie Genderdiskurse in der Kolonialzeit verwurzelt sind. Sie zeigt dabei auf, wie der Islam von den Kolonialmächten als der wesentliche Unterschied zwischen dem "zivilisierten" Westen und dem "barbarischen" muslimischen Osten definiert wurde. Die Darstellung westlich geprägter, hegemonialer Darstellungen von muslimischen Frauen, die von einer „muslimischen patriarchalischen Kultur“, insbesondere durch Verschleierung unterdrückt werden, hatte Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Frauen und Geschlechterfragen von Nationalisten und muslimischen Reformisten gestellt wurden. Frauen symbolisierten den natürlichen, biologischen Träger der Nation, der immer durch weibliche Symbolik repliziert wurde. Dabei stellten die Familie, Frauen und ihr Lebens- und Statuszustand den Träger kultureller Authentizität dar und standen im Mittelpunkt der Kolonisator- / Kolonisationsdiskurse.¹⁰⁸

In der postkolonialen Zeit wiederum, im Zuge der Unabhängigkeit, standen Frauen- und Geschlechterfragen im Mittelpunkt der Diskurse und wurden im Spannungsfeld einer Politik der Moderne und eines neuen Nationalismus

¹⁰⁸ Ali, 2018, S. 10.

gestellt. Selbst in nicht kolonisierten Ländern wie der Türkei wurden Frauenrechte, Kleiderordnung und Identität als wesentlich für den Modernisierungsprozess und damit als „Zivilisationsproblem“ angesehen.¹⁰⁹

Die Etablierung moderner Nationalstaaten nach europäischem Modell war daher von Spannungen und Widersprüchen geprägt: Einerseits umfasste der Prozess die Modernisierung von Gesellschaften nach westlichem Vorbild (d.h. Wissenschaft, Technologie, soziale Organisation); Zum anderen umfasste dies die Geltendmachung nationaler Identitäten auf der Grundlage vergangener Geschichten und als fundamentaler Gegensatz zu westlichen Einflüssen und Werten. Im Kontext der Bildung neuer, unabhängiger arabischer Staaten erschienen daher der kulturelle Nationalismus und der Islam als praktisch austauschbar. Die Festlegung der persönlichen Statuscodes (oder Familiengesetze) im Rahmen der Scharia war von zentraler Bedeutung für die Debatten um die Definition und Form der „neuen Nation“.¹¹⁰

Mounira Charrad hat in diesem Kontext vorgeschlagen, sich der staatlichen Politik und dem Geschlecht in der Maghrib-Region, ausgehend von der zentralen Bedeutung des Verhältnisses der Stammesverwandtschaft zu nähern. Durch die Art und Weise, wie die persönlichen Statuscodes oder Familiengesetze festgelegt wurden, ist es möglich, die Art der Beziehungen zwischen Staat und Stamm zu interpretieren. Sie argumentiert, dass, je mehr die staatliche Politik verwandte soziale Gruppen bevorzugt, desto konservativer sind die Familiengesetze, wie etwa im postkolonialen Marokko deutlich wird. Umgekehrt ergibt sich, dass, je mehr sich der Staat in relativer Autonomie von Stammesangehörigen entwickelt, desto mehr verkündet er ein liberales Familiengesetz, wie es 1956 in Tunesien der Fall war. Charrads Analyse der Schaffung eines Rechtsrahmens, der die Rechte der Frauen prägt, ist für diese Analyse von großer Bedeutung und spielt gerade auch für den Irak eine wichtige Rolle.¹¹¹

¹⁰⁹ Ali, 2018, S. 42-43.

¹¹⁰ Charrad, 2011, S. 51.

¹¹¹ Charrad, 2011, S. 52.

4.1 Die Zugehörigkeit und Vielfältigkeit im Kolonialstaat

Die irakische Bevölkerung war heterogen in ihrer ethnischen (Araber, Kurden, Turkmenen, Armenier usw.), religiösen (Muslime, Christen, Juden usw.) und glaubensspezifischen (Sunniten, Schiiten) Struktur. Der unter dem britischen Mandat (1920–32) gegründete irakische Staat, der 1917 als militärische Besetzung begann, war zunächst ein umstrittener und schwacher Staat. Er war in dieser Hinsicht ein Resultat der Volksbewegungen, welche die konstitutionelle Bewegung, die von den schiitischen Ulemas im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ins Leben gerufen wurde, unterdrückte. Die schiitischen Ulemas hatten sich gegen die britische Besatzung gestellt, sahen sich aber auch der Tatsache gegenüber, dass die irakischen Kurden weigerten, in einen arabischen Staat eingegliedert zu werden. Dieser neugegründete irakische Staat stützte sich auf die alte Elite des Osmanischen Reiches; Sunnitische Araber umfassten dabei ausschließlich Führung, Verwaltung und Armee. In der Hauptstadt Bagdad installierten sich im Zuge der Staatsgründung sunnitisch-arabische religiöse, politische und wirtschaftliche Persönlichkeiten, welche im Allgemeinen mit den britischen Besatzungsbehörden zusammenarbeiteten und sich im Aufbau eines Staatswesens engagierten. Obwohl einige irakische schiitische Familien zur wohlhabenden Handelselite gehörten, wurde die städtische Elite von sunnitischen Arabern dominiert, da sie im Gegensatz zu den Schiiten sowohl unter osmanischer als auch unter britischer Herrschaft von Sekundar- und Hochschulbildung profitiert hatten. Christen und Juden gehörten ebenfalls zur gebildeten städtischen Elite, weil sie vom britischen Empire bevorzugt wurden.¹¹²

Die Macht dieses neuen Staates war jedoch nur in städtischen Gebieten wirksam; Das Land wurde weiterhin von Stammesangehörigen verwaltet, die

¹¹² Ebd.

zu dieser Zeit schwerer bewaffnet waren als die Staatsarmee.¹¹³ Die osmanische Politik im neunzehnten Jahrhundert hatte darin bestanden, die Macht der Stämme zu verringern, durch eine Politik der ständigen Ansiedlung und des Ausspielens der verschiedenen Stammesinteressen. Viele Stammesangehörige widersetzten sich, indem sie sich weigerten, ihr Land zu registrieren.¹¹⁴

Während die Regierungen vermutlich unter dem Mandat und unter der Monarchie (1932–58) beabsichtigte, die Bildung eines integrierten Nationalstaates zu fördern, setzten sie die Stammesbeziehungen durch Stammes- und Landbesitzpolitik fort. Diese Politik stoppte den Niedergang und die Auflösung der Macht der Stammesführer, die gegen Ende der osmanischen Periode stattgefunden hatte, indem sie ausgewählten Shaykhs administrative und steuerliche Befugnisse, sowie Landzuschüsse gewährten. Diese Politik ermöglichte es den Shaykhs, diejenigen zu besteuern und zu kontrollieren, die später „ihre“ Stammesangehörigen wurden. So trug die britische Politik zur Umwandlung einer freien Bauernschaft in eine Bevölkerung von Leibeigenen bei, die an das Land der Pächter gebunden waren. Unter der Monarchie stützte sich der Aufbau der irakischen Gesellschaft auf traditionelle Statusgruppen - ethnische und religiöse - und übersah das Wachstum der neuen, modernen Mittel- und Arbeiterklasse in den Städten. Die Aufteilung in der irakischen Gesellschaft zwischen der städtischen Anwendung des Zivilrechts und der ländlichen, vorwiegend schiitischen Anwendung der Tribunal Criminal and Civil Disputes Regulation (TCCDR), die allgemein als „Stammesgesetz“ bezeichnet wird, ist der aufschlussreichste Aspekt dieses Vertrauens.¹¹⁵

Ein weiterer Meilenstein in der Entstehung des irakischen Staates stellte die 1921 eingeführte Verfassung dar; Sie wurde schließlich im März 1925 verabschiedet. Der Irak sollte als konstitutionelle Monarchie nach westlichem Vorbild mit einem König, einem Kabinett, zwei gesetzgebenden Kammern

¹¹³ Ali, 2018, S. 48.

¹¹⁴ Fattah, 2012, S. 95.

¹¹⁵ Ebd.

und demokratischen Rechten für die Bevölkerung fungieren. In der Praxis ermöglichte das Verfassungssystem Großbritannien, der königlichen Familie und ehemaligen osmanischen Offizieren (Sunniten), die formale Politik jahrzehntelang wirksam zu kontrollieren. Der aufstrebende Staat teilte die Iraker in "ursprüngliche" und "nicht-ursprüngliche". Das Staatsangehörigkeitsgesetz Nr. 42 von 1924, das in der Verfassung von 1925 (al-Qanun al-Asasi) erlassen wurde, betrachtete die "ursprünglichen" Iraker als diejenigen, die als osmanische Untertanen, Sunniten und Kurden registriert waren. Schiiten wurden als "iranische Abhängigkeit" (taba'iyya) und damit als Bürger zweiter Klasse registriert, da sie vor der Gründung des irakischen Nationalstaates aus geografischen und politischen Gründen keine osmanischen Untertanen waren. Das Gesetz zur Wahl der verfassungsgebenden Versammlung ging noch weiter und definierte die Iraker als "jedes osmanische Subjekt, das jetzt im Irak lebt und keine ausländische Staatsbürgerschaft beansprucht". Die meisten Schiiten mussten die irakische Staatsbürgerschaft beantragen, auch wenn sie bekannten und etablierten arabischen Familien angehörten.¹¹⁶

4.2 Nationalistische Feministinnen und kommunistische Feministinnen

Genderspezifische Fragen standen für den neugegründeten irakischen Staat insofern im Vordergrund, als dass sie in der städtischen Kultur auch das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ordnen mussten. Die irakische Frauenunion (al-Ittihad al-Nisa'i al-Irak) etwa, wurde 1945 nach dem Arabischen Frauenkongress in Kairo gegründet. Diese Gewerkschaft bestand hauptsächlich aus bürgerlichen Frauen, die den nationalistischen Eliten der Männer nahestanden, und setzte sich für die Rechte der Frauen in Verfassung, Ehe und Arbeit ein, sowie für die Entwicklung der Bildung von Mädchen und Frauen.

¹¹⁶ Ali, 2018, S. 50.

Auf der anderen Seite versammelten sich Frauengruppen, die mit der Kommunistischen Partei verbunden waren, in der Liga zur Verteidigung der Frauenrechte (Rabitat al-difa, ein Huquq al-Mara) und setzten sich für soziale Gerechtigkeit, Antiimperialismus und Frauenrechte ein. Alle Organisationen, aus denen sich die sogenannte „Frauenbewegung“ zusammensetzte, organisierten Alphabetisierungs- und Wohltätigkeitsprogramme, auch in ländlichen Gebieten, sowie Bürger- und politische Rechtekampagnen. Anfang der 1950er Jahre wurden von der Frauenbewegung Kampagnen gestartet, in denen die irakische Regierung aufgefordert wurde, die soziale, wirtschaftliche und politische Gleichstellung von Frauen umzusetzen. Reformgesetzgebung in privaten Angelegenheiten; die TCCDR abschaffen; und die Verfassung reformieren. Darüber hinaus trug die links-säkulare Atmosphäre im Irak - die Kommunistische Partei dominierte die politische Szene in den 1940er bis 1970er Jahren - dazu bei, sektiererische Spaltungen zu überbrücken und egalitäre Vorstellungen von Staatsbürgerschaft und Frauenrechten zu verbreiten.¹¹⁷

Mitte der 1940er Jahre hatten sich Frauenorganisationen erweitert, gestärkt und in gewissem Maße institutionalisiert. Zwei Trends prägten vor diesem Hintergrund die Bewegungslandschaft der Frauen - die nationalistische Feministin und die kommunistische Feministin. Während ihre Aktivistinnen als Teil der Frauenunion zusammenzuarbeiten schienen, verlagerte das Vorgehen der Regierung gegen linke Organisationen im Jahr 1947 ihren Aktivismus. Die irakische Frauenunion gab unter diesem Druck nach und entfernte die Vertreter der linken Frauenliga-Gesellschaft aus ihrer Direktion. Während die irakische Frauenunion Unterstützung von der Regierung und der königlichen Familie erhielt und eine relativ kleine, regimetreue elitäre Organisation blieb, handelte die Frauenliga nach gescheiterten Versuchen, die Erlaubnis der Regierung unter dem Namen der Liga zur Verteidigung der Frauenrechte zu erhalten, ab 1952 zunehmend im Untergrund. Die Liga bestand aus Führern der unteren Mittelklasse und war stark von der radikalen

¹¹⁷ Ali, 2018, S. 56-57-

antiimperialistischen irakischen kommunistischen Partei beeinflusst. Zwei Persönlichkeiten dieser Zeit repräsentieren diese beiden Trends, manchmal ausgerichtet und oft im Wettbewerb, Naziha al-Dulaimi, die in Bezug auf die Unterdrückung der Regierung linker Aktivisten lautstark blieb, und Sabiha al-Shaikh Da'ud, die im Gegensatz dazu, einen moderateren Kurs wählte.¹¹⁸

Naziha al-Dulaimi stellte in ihrem Buch *al-Mar'a al-Iraqiyya* (irakische Frau) (1952) die erste und dominante konkurrierende Erzählung über den Aktivismus irakischer Frauen vor. Hier präsentierte al-Dulaimi eine kurze Studie über die Lebensbedingungen von Frauen im Irak in den 1940er Jahren, in der die soziale Klasse als analytischer Rahmen verwendet wird. Al-Dulaimi war von Beruf Gynäkologin, eine prominente Persönlichkeit der Liga zur Verteidigung der Frauenrechte, die erste irakische (und arabische) Ministerin und eine prominente kommunistische Aktivistin. Daher unterschieden sich ihre Lesart und ihre Erfahrungen mit Aktivismus stark von denen der nationalistischen Elite. Sie betrachtete Frauen in der *al-Fallahin*-Klasse („Bauern“) als fundamental entrechtet. Sie schilderte die „doppelte Knechtschaft“ dieser Bäuerinnen: Sie wurden durch männliche Herrschaft und Stammesregeln aus der einen Seite unterdrückt, gleichzeitig aber auch durch Klassenunterdrückung versklavt und ausgebeutet.¹¹⁹ Ein Ansatz, der für die Zeit schon sehr progressiv anmutet und an Aspekte späterer feministischer Bewegungen in Europa erinnert. Bei der Analyse von Frauen der Landbesitzer-, bürgerlichen und Arbeiterklasse stellte al-Dulaimi fest, dass Frauen aller Klassen, obwohl die Bedingungen der wirtschaftlichen Unterdrückung unterschiedlich waren, durch Ehen unterdrückt wurden, in denen sie eher als Besitz denn als Einzelpersonen angesehen wurden, sowie durch soziale Ungerechtigkeit und Imperialismus.¹²⁰ Mit einem marxistischen und frühfeministischen Verständnis von Gerechtigkeit und Gleichheit ging al-Dulaimi auf Fragen des Schutzes von Mutter und Kind, der Ehe und der Prostitution ein - ein Thema, bei dem sie keine moralisierende Analyse der

¹¹⁸ Efrati, 2012, S. 62.

¹¹⁹ Ali, 2018, S. 57-58.

¹²⁰ Ali, 2018, S. 61-62.

Sexualität verwendete, sondern die Grenzen auch jenseits dessen, was irakische Aktivistinnen heute überqueren könnten, überschritt.

In ihrem Werk stellte al-Dulaimi Qadiyyat al-Mara (die „Frauenfrage“) als einen grundlegenden Teil des Kampfes für Klassen- und nationale Befreiung dar; gerade aus diesem Grund war ihre Argumentation in Bezug auf den Status quo weitaus radikaler und herausfordernder als die von al-Shaikh Da'ud. Al-Dulaimi und die Aktivistinnen der Linken glaubten an die Linie des Führers der irakischen Kommunistischen Partei, Yusuf Salman Yusuf, dass der Irak seine Souveränität an imperialistische Kräfte verloren habe, die ihre Position durch Bündnisse mit lokalen Reaktionären gestärkt hatten. Das ganze System loszuwerden war somit der einzige Weg, um Befreiung für Männer und Frauen zu erreichen. Daher lehnten feministische Aktivistinnen der radikalen Linken die Idee einer „schrittweisen Modernisierung“ ab, die von der pro-britischen nationalistischen Elite an der Macht gefördert wurde, und waren der Ansicht, dass nur ein radikaler politischer Wandel den Irak auf den Weg zur Modernisierung bringen könne, was wirtschaftlichen Wohlstand, technologischen Fortschritt, soziale Gerechtigkeit, Rechte für Frauen und politische Freiheit mit sich führen sollte. Für al-Dulaimi konnten sich Frauen der Bourgeoisie dem Los ihrer weniger privilegierten Schwestern nicht entziehen, da auch ihre Ehen die Merkmale einer finanziellen Transaktion zwischen ihren Vätern und ihren zukünftigen Ehemännern aufwiesen, die ihnen kein wirkliches Mitspracherecht über ihre Ehen ermöglichte. Der Diskurs und Aktivismus der Frauen der Liga über weniger privilegierte Frauen war entsprechend gekennzeichnet durch die Bereitschaft, die alltäglichen und konkreten Probleme von Frauen anzugehen.¹²¹

4.3 Feministischer Aktivismus in der Neuen Irakischen Republik

Der Militärputsch (14. Juli 1958), der die Monarchie stürzte und zum

¹²¹ Ali, 2018, S. 57-58.

radikalen Regime von 'Abd al-Karim Qasim (1958–63) führte, förderte diese Entwicklung und trug zur Festigung der Mittelklasse und zur Abschwächung der Bedeutung ethnischer Gruppen und religiöser Zugehörigkeit. Qasim setzte Öleinnahmen für Bemühungen zur Verringerung der Armut, zum Aufbau von Sozialwohnungen und zur Einführung eines sozialstaatlichen Systems ein. Darüber hinaus schwächten sich die Macht der Stammesangehörigen und die Bedeutung ethnischer (arabischer / kurdischer) und sektiererischer (sunnitischer / schiitischer) Güter aus mehreren Gründen ab: Erstens durch zunehmende Migration von Land zu Stadt und durch Qasims vorgenommene Landreformpolitiken, welche die Macht von Stammesangehörigen, die geistliche Klasse und die aristokratische Klasse und zweitens die wachsende sektiererische Heterogenität der Mittelklasse aufgrund der allmählichen Eingliederung des ländlichen Irak in den Staat und den nationalen Markt beschnitt. Obwohl die Öleinnahmen in den 1940er und 1950er Jahren schwächer waren als in den 1970er Jahren, reichten sie immer noch aus, um die sozialstaatlichen Projekte Qasims zu finanzieren, die Bildung zu modernisieren und wesentliche Infrastrukturen zu etablieren. Auf staatlich-politischer Ebene veranlasste der Abbau der Institutionen das neue revolutionäre Regime, sich hauptsächlich auf die militärische und populäre Unterstützung seiner Macht zu verlassen. Obwohl das Regime von Qasim weniger als fünf Jahre dauerte und keinen Versuch unternahm, Institutionen für demokratische Partizipation zu etablieren, führte es eine offen nationalistische und sozialistische Politik durch, die den Ärmsten zugutekam und zur Vereinheitlichung der irakischen Gesellschaft über das gesamte kommunale Eigentum hinweg beitrug.¹²²

Laut Bashkin (2011) war diese Zeit auch durch eine gewisse Hybridisierung von panarabischem Nationalismus und irakischem Nationalismus gekennzeichnet, obwohl letzterer zu einem Zeitpunkt vorherrschte, als auch internationaler antikolonialer linker Aktivismus in der Vision präsent war.¹²³ Darüber hinaus leitete das revolutionäre Regime radikale Reformen ein, die

¹²² Ali, 2018, S. 58.

¹²³ Ebd.

die städtische, moderne Mittelschicht stärkten und traditionelle Stammes- und Religionsmächte in Frage stellten. Sozioökonomische Reformen begünstigten die Ärmsten und zielten darauf ab, die Kluft zwischen der Oberschicht und der verarmten Bevölkerung zu verringern. Medinat al-Thawra (eigentlich Medinat al-Sadr) ist eine der am häufigsten genannten Maßnahmen. Ihr Ziel war es, die verarmte Bevölkerung - bekannt als al-sharagawa, die ursprünglich aus den südlichen Stammesregionen stammte und entweder bereits in den Slums von Bagdad lebte oder Neuankömmlinge waren - in modernen städtischen Wohnungen zu übersiedeln. Drei von Qasims Maßnahmen symbolisierten den Bruch mit traditionellen aristokratischen, Stammes- und religiösen Mächten.

- Erstens beendete die Abschaffung des TCCDR die Macht der Stammesangehörigen in ländlichen Gebieten und stärkte die Macht des Staates.
- Zweitens bestanden Landreformen in der Aneignung und Umverteilung von Land von den klerikalen und aristokratischen Klassen an die verarmte Bevölkerung, was eine enorme Gegenreaktion der Klassen hervorrief, die einige ihrer Privilegien verloren hatten.
- Drittens erregte die Verabschiedung des neuen Familiengesetzes viel Kritik bei den "Ulemas", sowohl Sunniten als auch Schiiten, die die radikale Infragestellung ihrer Autorität befürchteten.

Laut J. Ismael und S. Ismael (2007) wurde durch all diese Reformen der Rahmen des Feudalismus und Tribalismus im Irak effektiv untergraben.¹²⁴

4.4 Das Ba'th-Regime (1968-2003): Aus feministischer Perspektive

Die Jahre 1968 bis 1985 waren das nationalistische und entwicklungspolitische Projekt der Ba'th Partei und im Ganzen geprägt durch

¹²⁴ Ali, 2018, S. 61-62.

eine wirtschaftliche Entwicklung und durch soziales und kulturelles Wachstum. Während dieser Zeit wurde Bagdad eine Kulturhauptstadt der arabischen Welt; Trotz der Grenzen des autoritären Regimes blühte Bagdads kulturelles und intellektuelles Leben auf. Die negativen Auswirkungen des 1980 begonnenen Krieges mit dem Iran waren erst nach Mitte der 1980er Jahre von Staat und Gesellschaft zu spüren. Der vielleicht aufschlussreichste Fortschritt, der diese Zeit kennzeichnete, war die Kampagne des Regimes zur Verbesserung des Bildungssystems und zur Beseitigung des Analphabetismus.

Die Studie von Al-Zublef und Said (1980) über die Bildung und Alphabetisierung von Frauen von 1920 bis 1979 zeigt, dass die Bildung von Frauen und Männern auf allen Ebenen (Primar-, Sekundar- und höhere Bildung) ab Mitte der 1960er Jahre erheblich stieg und sich seit Mitte der 1970er Jahre nahezu verdoppelt hatte.

Zu dieser Zeit galten irakische Frauen als die am besten ausgebildeten in der arabischen Welt. 1971 wurde das Gesetz Nr. 153 zur Bekämpfung des Analphabetismus erlassen, indem landesweit Alphabetisierungszentren eröffnet wurden. Solche Zentren begannen sich ab 1973 zu vermehren. 1978 sah das Gesetz Nr. 97 vor, dass alle Analphabeten im Alter zwischen fünfzehn und fünfundvierzig Jahren einem Alphabetisierungszentrum beitreten müssten. Das GFIW war das Hauptorgan für die Umsetzung dieses Gesetzes durch seine eigenen Zentren. Die Alphabetisierungskampagne war so erfolgreich, dass Saddam Hussein einen UNESCO-Preis für die Bekämpfung des Analphabetismus erhielt.¹²⁵

Die säkulare und sozialistische Ba‘th Partei sah sich als eine Bewegung, die die Auferstehung der arabischen Nation anstrebte, und war daher verpflichtet, irakische Frauen zu ermutigen, ihren Status in der Gesellschaft zu verbessern, in der Überzeugung, dass die Befreiung von wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Fesseln für das Wachstum notwendig sei und Wohlstand in der arabischen Gesellschaft generieren könnte.

¹²⁵ Ali, 2018, S. 75.

Im Jahre 1971 erklärte Vizepräsident Saddam Hussein gegenüber dem Generalverband der irakischen Frauen (GFIW) folgendes:

*Wir sind alle in der Partei und der Regierung sowie in den sozialen Organisationen, Es wird erwartet, dass mehr Frauen für Schulen, Regierungsabteilungen, Produktions-, Industrie-, Landwirtschafts-, Kunst-, Kultur-, Informations- und alle anderen Arten von Institutionen und Dienstleistungen eingestellt werden, Wir sind bereit, unermüdlich gegen alle materiellen und psychologischen Hindernisse zu kämpfen, die uns auf diesem Weg im Weg stehen.*¹²⁶

In den 1970er Jahren führte der Ba'th eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen durch, um die Beteiligung von Frauen an der Erwerbsbevölkerung und die allgemeine Entwicklung des Landes zu fördern. Die Bereitstellung einer kostenlosen Kinderbetreuung etwa, gleicher Gehälter und bezahlter Mutterschaftsurlaub verbesserte die Arbeitsbedingungen von Frauen in großem Umfang. 1978 reformierte der Ba'th das PSC in beispiellosem Ausmaß, indem er das Recht der Frauen auf Scheidung und Sorgerecht stärkte, der Polygamie strenge Beschränkungen auferlegte und Zwangs- und extralegale Ehen unter Strafe stellte. Noch wichtiger ist, dass die Sprache des PSC geändert und säkularisiert wurde: Der religiöse Begriff Zina („Ehebruch“) wurde durch Khiyana Zawjiyya („Kriegsverrat“) ersetzt. Die Sozialarbeit, Berichte, Veröffentlichungen und Medienkampagnen des GFIW sowie die zahlreichen Erklärungen von Saddam Hussein zur „Frauenbefreiung“ auf den GFIW-Jahrestreffen zeigten, dass Frauen einen wesentlichen Platz im Modernisierungs- und Entwicklungsprojekt von Ba'th einnehmen.¹²⁷

Farouk-Sluglett (1993) kritisiert das „kulturelle Argument“ radikal, indem er darauf hinweist, dass die Wahrung patriarchalischer islamischer Werte in der nationalistischen Ideologie von Ba'th aus anderen Gründen als der

¹²⁶ Sasson, 2016, S. 253.

¹²⁷ Ali, 2018, S. 91.

Behauptung der arabisch-islamischen Authentizität angesichts des Wandels und der westlichen Herrschaft resultierte. Unter Verwendung des analytischen Rahmens, der von Wissenschaftlern entwickelt wurde, die an autoritären und totalitären Regimen in anderen Teilen der Welt arbeiten, argumentiert sie:

„As well as helping to understand the nature of its fundamental power structures, an analysis of Ba‘th politics in terms of its populist patrimonial features also indicates that its policies vis-à-vis women are not merely a reflection of something specific to Islam or to Islamic culture. In other words, while it is true that Arab nationalism “reclaimed many of the most patriarchal values of Islamic traditionalism as integral to Arab culture identity as such” ... it is in the nature of populist regimes that their ideologies tend to be based on traditional social and cultural norms”¹²⁸

Eine Analyse der Ba'th-Politik im Hinblick auf ihre populistischen Patrimonialmerkmale trägt nicht nur dazu bei, die Natur ihrer grundlegenden Machtstrukturen zu verstehen, sondern zeigt auch, dass ihre Politik gegenüber Frauen nicht nur ein Spiegelbild von etwas ist, das spezifisch für den Islam oder der islamischen Kultur ist. Mit anderen Worten, während es wahr ist, dass der arabische Nationalismus „viele der patriarchalen Werte des islamischen Traditionalismus als integraler Bestandteil der Identität der arabischen Kultur als solche zurückerobert hat“, liegt es in der Natur populistischer Regime, dass ihre Ideologien tendenziell auf traditionellen, sozialen, und kulturelle Normen basieren.¹²⁹

Ungeachtet der Frage nach einer ideologischen Fundierung, wurden bedeutende Erfolge für Frauen verzeichnet, insbesondere in Bildung und Gesundheitswesen. Die Anzahl der teilnehmenden Mädchen in Grund- und weiterführende Schulen nahm in den 1970er Jahren stark zu, und die Zahl der Frauen, die die Universität besuchten, stieg von etwa 9.000 1970 auf mehr als

¹²⁸ Farouk-Sluglett & Slouget, 1987, S. 70.

¹²⁹ Farouk-Sluglett & Slouget, 1987, S. 70.

28.000 bis 1979. Die Partei konzentrierte sich weiterhin insbesondere auf Aspekte des Analphabetismus, der bei Frauen (70%) weitaus größer war.¹³⁰

Ungeachtet also der Motivation hinter dieser Politik, die Tatsache blieb bestehen, dass es erhebliche Fortschritte in der Position der Frauen im Irak gab. In den 1970er Jahren klang dies etwa in den Worten von Saddam Hussein wie folgt:

„Wir müssen uns auf Gleichberechtigung konzentrieren, auf Ausgewogenheit der Rechte und Konzentration auf die Ablehnung der Ansichten, die Frauen einbringen eine sekundäre Position... wir lehnen die feudalen und tribalistischen Ansichten und Mentalität ab.“¹³¹

Bekannt für seine Fähigkeit, seine angeblich fundamentalen Ansichten anzupassen um seinen politischen Ambitionen gerecht zu werden, änderte Saddam Hussein seine Meinung über das Thema im Verlauf des Krieges mit dem Iran, zusammen mit seinem anderen radikalen Veränderungen in Bezug auf Tribalismus und Religiosität. In dem Bestreben religiöse Gruppen im Irak zu beschwichtigen und der Anziehungskraft der mit Ayatollah Khomeini und dem sich abzeichnenden Schatten der größeren iranischen Bevölkerung, leitete das Regime eine Reihe von Maßnahmen ein, die tiefgreifende Auswirkungen auf den Status von Frauen haben sollten.¹³²

Ein Jahr nach Kriegsbeginn entschied das RCC etwa die frühe Ehe zu fördern; zinslose Kredite wurden an alle Männer unter zweiundzwanzig Jahren vergeben, die heirateten. Wenn der angehende Bräutigam Student war, so waren er und seine zukünftige Frau berechtigt freie Unterkunft in den Studentenwohnheimen zu beziehen. Die frühe Ehe blieb bis zum Zusammenbruch des Regimes eine Kernpolitik; Viele Regierungsstellen nahmen an der Organisation von Hochzeitszeremonien (und der Beschneidung von Kindern) in ihren Räumlichkeiten teil. Das zweite große

¹³⁰ Farouk-Sluglett & Slouget, 1987, S. 69.

¹³¹ Sasson, 2016, S. 254.

¹³² Ebd,

Gesetz 1987, welches für die Fraubewegung als fatal bezeichnet werden kann, hatte zum Ziel die Geburtenrate zu steigern. Familien, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein viertes Kind zur Welt brachten, erhielten finanzielle Belohnungen und für diejenigen, die bereits vier Kinder hatten, würden Boni gezahlt für zukünftige Geburten.¹³³

Die Situation für Frauen erschwerte sich zudem, aufgrund einer Abschwächung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Notwendigkeit vieler heimgekehrter Soldaten Arbeit zu suchen. Das sorgte letztlich für ein starkes Absinken der Frauenbeschäftigung. Dies führte zusammen mit dem wachsenden Konservatismus zu einem erheblichen Verlust der in den 1970er Jahren erreichten Frauenrechte. Das Regime legitimierte zudem die Stammespraxis des Ehrenmordes im Jahr 1990 und Ehefrauen von Männern welche für Anti-Regime-Aktivitäten verhaftet worden waren, wurden ermutigt, sich von ihren Ehemännern scheiden zu lassen.

Ein Gesetz zur Bekämpfung der Prostitution wurde 1988 erlassen und die Scheidungsgesetze wurden im Rahmen dieser Welle des Konservatismus geändert. Obwohl das Regime nicht direkt kritisiert wurde, erkannte das GFIW ein mangelndes Engagement staatlicher Institutionen für die Gleichstellung der Geschlechter.¹³⁴

Der Erste Golfkrieg und die darauffolgenden Sanktionen führten zu einer weiteren Erosion der Frauenrechte. Ein weiterer Effekt des wirtschaftlichen Abschwungs und gleichsam eine Kriegsfolge war der Verlust der öffentlichen Identität und die Domestizierung berufstätiger Frauen. Die Beschäftigung von Frauen ging weiter zurück, und ihre realen Löhne gingen angesichts der Hyperinflation steil zurück. Nadjie al-Ali macht in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, dass obwohl die formelle Beschäftigung von Frauen abnahm, sie weiterhin „wirtschaftlich aktiv waren und eine sehr wichtige Rolle im zunehmend bedeutenden informellen Sektor spielten.“¹³⁵

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Rohde, 2010, S. 101.

Das Parteisekretariat von 1985 erläuterte die Aufteilung der Funktionen von Frauen in der irakischen Gesellschaft aber zunehmend anders als noch in den 1970er Jahren: Die meisten Aufgaben im öffentlichen Sektor betrafen Freiwilligenarbeit in der Bildung (Alphabetisierungskampagnen). Arbeiten im Gesundheitssektor (beliebte Kliniken); Familien besuchen von Märtyrern; und für die jüngeren Frauen, die sich entweder der Volksarmee anschließen oder dem Zivilschutz.

Auch fand eine zunehmende Intersektionalität statt: Zweige wurden immer öfters in männliche und weibliche Organisationen aufgeteilt. Manche Frauen durften sich in die Armee und Luftwaffe einschreiben, obwohl Saddam Hussein diesbezüglich Vorbehalte äußerte und glaubte, dass diese Praxis Frauen bei den Streitkräften zu engagieren eine Maskerade sei und nicht unbedingt zur Gleichheit führen. Frauen bewarben sich regelmäßig um Stipendien des Verteidigungsministeriums, entweder an zivilen Hochschulen (meistens) Medizin und Ingenieurwesen) oder in bestimmten Militäarakademien und Polizeiakademien. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass spätestens ab den 1980er Jahren eine Rückwärtsentwicklung eingesetzt hatte, die für die irakische Gesellschaft noch lange prägend bleiben sollte.

5 Gegenwartsentwicklung des Feminismus im Irak seit 2003

Nachdem im vorausgegangenen Kapitel einige wesentliche historische Grundlagen erarbeitet wurden, sollen diese aufgegriffen werden, um die Gegenwart geschlechterspezifischer Debatten im Irak zu untersuchen. Als Gegenwart werden dabei gezielt die letzten 20 Jahre nach dem Irakkrieg herangezogen, welche im Zeichen einer Reformierung des irakischen Staatswesens und der irakischen Gesellschaft nach dem amerikanischen Angriffskrieg standen.

5.1 Frauenrechte im Abseits

Das neue irakische Regime betont die politische Beteiligung von Frauen im Rahmen des Gemeinschaftssystems. Frauen, die an staatlichen Institutionen beteiligt sind, agieren dabei dezidiert als kommunale „Vertreterinnen“ und nicht als unabhängige Aktivistinnen. Die Frauenquote und die Betonung der politischen Partizipation scheinen jedoch im Widerspruch zu den gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten der Frauen zu stehen.

Diese Politik brachte Frauen zumindest in die Regierungssphäre: Sie erlaubte weiblichen Vertreterinnen - hauptsächlich von schiitischen islamistischen und kurdischen nationalistischen Parteien -, in Regierungs-, Parlaments- und Provinzräte gewählt zu werden. Daher kann argumentiert werden, dass die Geschlechterpolitik des Irak nach der Invasion eher von „Repräsentativität“ geprägt ist, als dass wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten angegangen werden. Diese kurze Beschreibung des Kontextes, der die Realität der irakischen Frauen prägt, zeigt, wie sie in Deniz Kandiyotis Worten zwischen „Hammer und Amboss“ gefangen sind:

„Sie müssen beide für ihre formalen Rechte kämpfen, die ständig von Konservativen bedroht werden und für ihre

*materiellen Rechte auf Sicherheit und Menschenwürde, die Opfer endemischer Gesetzlosigkeit und Straflosigkeit in ihren Gesellschaften geworden sind “.*¹³⁶

Nach der Ära von Saddam Hussein, sind religiöse und konservative Kräfte in der irakischen Politik eingezogen und so drohen die Fortschritte der Gesellschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu erodieren. Besonders Frauen sind hiervon betroffen. Sie sind aufgrund der fast ein Jahrzehnt dauernden amerikanischen Besatzung kontinuierlicher, sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Von dem konservativem Premierminister Nuri al-Maliki, welcher im August 2004 zum Rücktritt gezwungen wurde, wurden mit dessen Unterstützung rechtliche Rahmenbedingungen vorangetrieben. Nuri al-Maliki, der von der schiitischen Seite die volle Rückendeckung hatte, um die Frauen in zunehmender Maße zu entmündigen und Formen sexueller und häuslicher Gewalt zu legalisieren.¹³⁷

Im Dezember 2003, wenige Monate nach dem Sturz des Ba'th-Regimes, schlug Abdel Aziz al-Hakim, Vorsitzender des Islamischen Obersten Rates des Irak und vorläufiger Präsident des Irakischen Regierungsrates, das Dekret 137 vor. Mit Stimmenmehrheit angenommen und mit der Prämisse, "Glaubensfreiheit" zu befürworten, hob Dekret 137 den einheitlichen persönlichen Statuscode (PSC)¹³⁸ auf, der mit dem Gesetz Nr. 188 (1959) verbunden ist, und führte ein neues Gesetz ein, das auf der "islamischen Scharia" basiert. Infolgedessen wurde das religiös begründete PSK, das für alle muslimischen Iraker galt, in eine Reihe von gemeindebasierten Kodizes umgewandelt, die dem libanesischen Familienrecht nachempfunden sind. In Dekret 137 wurde definitiv die Rückkehr zu einem Rechtssystem vorgeschlagen, das für die monarchische Zeit symbolisch ist. Es gab keine Gesetze in Bezug auf private Angelegenheiten, die die Iraker vereinten.¹³⁹

Viele Aktivistinnen der IWN und die meisten unabhängigen Frauengruppen

¹³⁶ Ali, 2018, S. 155.

¹³⁷ Kraitt, 2015, S. 119.

¹³⁸ Engl. Personal Status Code

¹³⁹ Ali, 2018, S. 227.

des Landes lehnten das Dekret entschieden ab. Ihnen zufolge brachte ein solcher Vorschlag eines konservativen schiitischen islamistischen politischen Führers die Vorstellung eines PSK sowohl aus religiös konservativen als auch aus sektiererischen Gründen in Frage. Viele Aktivisten der Zivilgesellschaft äußerten Befürchtungen hinsichtlich der Einführung eines Systems, das auf einer regressiven und konservativen Lesart der muslimischen Rechtsprechung angesichts der seit 2003 an der Macht befindlichen konservativen islamistischen Parteien, sowie der „Sektierertum“ von Fragen im Zusammenhang mit Frauen und Familie beruht. Die von mir befragten sunnitischen Islamisten lehnten das Dekret ebenfalls ab und wünschten sich stattdessen einen einheitlichen Kodex, der die interkommunale Ehe erleichtert und alle Iraker vereint. Umgekehrt unterstützten viele schiitische islamistische Aktivistinnen das Dekret und betrachteten es als Bestätigung der Freiheit, den schiitischen Islam nach Jahrzehnten politischer Repression zu praktizieren. Letztendlich wurde das Dekret nicht erlassen, weil die Mobilisierung von Aktivistinnen eine internationale Dimension annahm, die Paul Bremer, Leiter der für den Irak zuständigen vorläufigen Koalitionsbehörde (CPA), davon überzeugte, es nicht zu unterzeichnen.¹⁴⁰

Die Bedeutung klerikal-politischer Kräfte nahm nach der Besetzung des Irak 2003 und der darauffolgenden Besatzungszeit zu. Der durch die Unterstützung der USA gebaute und berufende irakische Regierungsrat ernannte Ajatollah Abdul Aziz al-Hakim im gleichen Jahr zu einem der Vorsitzenden. Nach mehr als zwei Jahrzehnten war Ajatollah Abdul Aziz al-Hakim aus dem Exil zurückgekehrt. Er lebte zum größten Teil des Exiles im benachbarten Iran, wo er zu Zeiten des Saddam-Regimes von dort aus den „Obersten Rat für die Islamische Revolution im Irak“(SCIRI)¹⁴¹ anführte. Al-Hakim sprach sich als erster Geistlicher dafür aus, das Personenstandsrecht und zivilrechtliche Angelegenheiten durch religiöse Doktrine zu ersetzen.¹⁴²

Später, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Annahme der neuen

¹⁴⁰ Ali, 2018, S. 228.

¹⁴¹ Engl: Supreme Council for Islamic Revolution in Iraq.

¹⁴² Kraitt, 2015, S. 123.

irakischen Verfassung im Jahr 2005, wurde das Dekret 137 auf Anordnung schiitischer islamistischer politischer Führer als Artikel 41 der Verfassung wieder eingeführt. Wiederum soll der Artikel die Glaubensfreiheit und die Freiheiten unterstützen:

*"Die Iraker sind frei in ihrem Engagement für ihren persönlichen Status gemäß ihren Religionen, Sekten, Überzeugungen oder Entscheidungen, und dies wird gesetzlich geregelt."*¹⁴³

Das Gesetz Nr. 188 und das entsprechende Personenstandsgesetz PSC (Gesetz Nr. 188) wurden nicht abgeschafft. Sie blieben als eine Option unter anderen Familiengesetzen bestehen. Trotz der Kontroversen um den Artikel wurde der Verfassungsentwurf per Referendum angenommen. Wie bereits erwähnt, wurde die Verfassung hauptsächlich von kurdischen und schiitischen politischen Führern begrüßt, die bereit waren, die Einführung eines neuen Regimes voranzutreiben, das als besonders unterstützend für den staatlichen Föderalismus angesehen wird. Der Föderalismus und die Anerkennung verschiedener irakischer Gemeinschaften und Sprachen waren entscheidende Themen, insbesondere im Hinblick auf die Verteilung von Öl im Norden (in der Nähe der kurdischen Region) und im Süden (eine mehrheitlich schiitische Region). Al-Hakim einer der damals mächtigsten Vertreter der schiitischen konservativen wollte im Grunde genommen die Konfessionalisierung der irakischen Gesellschaft vorantreiben. Er war schlicht gegen das (Gesetz Nr.188).¹⁴⁴

Dies erwies sich sowohl für kurdische Führer als auch für kurdische Aktivistinnen als wesentlicher Punkt, da es die Autonomie der kurdischen Region garantierte. Für die politischen Führer der Schiiten stärkte der Föderalismus ihre Macht: Sie konnten das Land von Bagdad aus regieren und den von den Schiiten dominierten Süden verwalten. Sunnitische politische Führer, einschließlich sunnitischer Islamisten, wurden zuletzt in den Prozess

¹⁴³ Ali, 2015, S. 229.

¹⁴⁴ Ebd.

integriert; Zu dieser Zeit unterstützten sie einen einheitlichen Staat. Sunnitische Fraktionen, die bereits durch die De-Ba'thification-Politik diskriminiert und von den kürzlich an die Macht gebrachten schiitischen und kurdischen Eliten an den Rand gedrängt wurden, fühlten sich zu dieser Zeit vom Föderalismus bedroht. Sie lehnten den Verfassungsentwurf ab und forderten die Menschen auf, gegen das Referendum zu stimmen. Einige Fraktionen - Schiiten und Sunniten, Stammesangehörige und Ordensleute sowie Gegner der Besatzung - boykottierten einfach das Referendum und erklärten das neue Regime für rechtswidrig.¹⁴⁵

Für viele Aktivistinnen, die Artikel 41 kritisierten, wurde klar, dass Frauenfragen - hervorgehoben von der US-geführten Regierung und der neuen politischen Elite als Symbol des „neuen Irak“ - gegenüber angeblich „wichtigeren“ politischen Angelegenheiten zweitrangig geworden waren. Aufgrund der erheblichen internationalen Mobilisierung von Frauengruppen und -organisationen, sowie des mangelnden Konsenses zwischen den verschiedenen politischen Parteien wurde die Umsetzung von Artikel 41 ausgesetzt, und das Gesetz Nr. 188 blieb in Kraft. Darüber hinaus fand die Suspendierung statt, obwohl nur sehr wenige Frauen an der Ausarbeitung der neuen Verfassung beteiligt waren. Sarah H., zweiundvierzig, eine prominente Aktivistin und Mitglied der al-Rafidain-Frauenkoalition, mobilisierte gegen Artikel 41. Sie spricht darüber, wie US-Vertreter zu dieser Zeit mit dem Thema umgegangen sind und wie sie sich dazu fühlt.¹⁴⁶

Abgesehen von Artikel 41 betrachten viele Aktivistinnen die neue Verfassung jedoch immer noch als eine allgemeine Förderung der Menschenrechte und der Rechte der Frauen. Wie bereits erwähnt, heißt es beispielsweise in Artikel 14, dass die Gleichstellung der Bürger die Gleichstellung der Geschlechter einschließt und Artikel 18 ermöglicht es Frauen und Männern, die irakische Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weiterzugeben.

Die Debatte darüber, ob der Islam „eine Quelle“ oder „die Hauptquelle“ ist,

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ Kraitt, 2015, S. 125.

war ebenfalls umstritten. Nach Debatten zwischen verschiedenen Fraktionen identifizierte Artikel 2 der Verfassung den Islam als „grundlegende Rechtsquelle“, wies aber auch daraufhin, dass die Gesetze Freiheit, Demokratie und religiöse Vielfalt respektieren müssen.¹⁴⁷

Viele Aktivistinnen sehen darin einen guten Kompromiss. Der Zustand der Gesetzlosigkeit, der das politische Leben im Irak beherrschte, und der Aufstieg des Konservatismus machen die „guten“ Bestimmungen der Verfassung jedoch bis jetzt nicht anwendbar. Das Ta'limat - Anweisungen zur Sanktionierung der Anwendung eines Gesetzes wurde nicht festgelegt. So benötigen beispielsweise Frauen jeden Alters aufgrund der konservativen Rechtsreformen des Ba'th-Regimes in Bezug auf Frauen die Anwesenheit ihres Walis - eines männlichen Erziehungsberechtigten - und seine Zustimmung, um einen Reisepass und eine Reiseerlaubnis zu erhalten. Das Gesetz über den Erwerb eines Reisepasses wurde 2015 aufgrund der Mobilisierung von Aktivistinnen geändert und ermöglicht es Frauen nun, ohne Zustimmung eines Walis (Vormundes) einen Reisepass zu erhalten.¹⁴⁸

Das Gesetz wurde jedoch nicht umgesetzt, und es ist für eine Frau konkret immer noch unmöglich, einen Pass ohne die Zustimmung eines Walis zu erhalten, da kein Ta'limat festgelegt wurde, um ihn aufzunehmen. Dieselbe Situation kennzeichnet die Umsetzung von Artikel 14 über die Gleichstellung der Geschlechter und Artikel 18 über das Recht von Männern und Frauen, ihren Kindern die Staatsbürgerschaft weiterzugeben.¹⁴⁹

In jüngerer Zeit erklärte der irakische Justizminister Hasan al-Shemmari, ein Mitglied der al-Fazila-Partei von Ayatollah Muhammed al-Yaqoobi, im Rahmen der Parlamentswahlen von 2014, er bereite ein PSC auf der Grundlage der Scharia vor Hauptschi'a Mazhab im Irak, der Ja'fari Mazhab. Wiederum dreht sich das Hauptargument für diese Änderung um die Glaubensfreiheit und unterstreicht die Freiheit der schiitischen Gemeinschaft, ihren Glauben zu praktizieren. Am 25. Februar genehmigte der irakische

¹⁴⁷ Ali, 2015, S. 230.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Ali, 2018, S. 231.

Ministerrat das, was heute allgemein als "Ja'fari-Gesetz" bezeichnet wird. Wenn das Ja'fari-Gesetz umgesetzt wird, bedeutet dies eine sehr wichtige Befragung des PSK zu Themen wie dem gesetzlichen Alter der Ehe von achtzehn Jahren für beide Geschlechter und der Einschränkung der Polygamie und der Ehe außerhalb des Zivilgerichts. Das Ja'fari-Gesetz legt im Einklang mit dem Ja'fari Shi'a-Mazhab das gesetzliche Heiratsalter für Frauen auf neun Jahre und für Männer auf fünfzehn Jahre fest und erlaubt bedingungslose Polygamie sowie prekäre Formen der Ehe ohne rechtlichen Schutz für Frauen (wie mut'a Ehen). Der Wettlauf um die Macht zwischen den verschiedenen schiitischen politischen Parteien wird in geschlechtsspezifischen und familiären Angelegenheiten ausgetragen, da klar ist, dass al-Fazila das politische Leben im Irak prägen und sich gleichzeitig als schiitische Mazhabi-Partei etablieren will. Für die schiitische islamistische politische Führung ist das PSK sicherlich ein Ort, um Wiederbelebung und Stärke zu demonstrieren und die Macht ihrer Identität in einem kommunalen politischen System zu bekräftigen. Nach eigenen Beobachtungen hat laut einer Umfrage einer Frauenorganisation im Südirak sogar die Mehrheit der schiitischen Bevölkerung (70%) Artikel 41 als Bedrohung für die Einheit des Irak angesehen.¹⁵⁰

Die meisten schiitischen Geistlichen waren auch gegen das Ja'fari-Gesetz. Zum Beispiel erklärte Husain al-Sadr - ein bekannter schiitischer Geistlicher - es sei besser für den Staat, Zivilgesetze im Einklang mit internationalen Konventionen zu verabschieden und Fragen der Scharia den Geistlichen zu überlassen. Er sagte: „Wir wollen, dass der Irak ein ziviler [madani] und zivilisierter [mutahadar] Staat ist.“¹⁵¹

Dies zeigt, dass in dieser Debatte nicht die Religion oder die religiöse Praxis einer bestimmten Sekte auf dem Spiel steht, sondern ein politisierteres und religiöses Sektierertum. Das Spiel der schiitischen Islamisten über die Rechte der Frau in der Identitätspolitik wird weder von der irakischen schiitischen

¹⁵⁰ Bint al-Rafidain & UNIFEM, 2006.

¹⁵¹ Ali, 2018, S. 231.

Bevölkerung noch von Teilen ihrer religiösen Institution wie der Hawza geteilt. Dies zeigt, dass die Fragmentierung der gesetzlichen Rechte von Frauen im Irak nach der Invasion ein Problem des politisierten Sektierertums und nicht des religiösen Sektierertums ist.¹⁵²

Seit der Invasion und Besetzung des Irak im Jahr 2003 hat das PSK erneut eine zentrale Rolle in den Debatten zwischen Aktivistinnen und der politischen Elite des Irak gespielt, die jetzt von schiitischen islamistischen Parteien und kurdischen Nationalisten dominiert werden. Die Befragung des einheitlichen PSK sowohl aus sektiererischen als auch aus konservativen Gründen ist der Hauptunterschied zwischen schiitischen Islamisten und anderen irakischen politischen Kräften im arabischen Irak. Wie bereits gezeigt, ist der Gesetzestext Nr. 188 eindeutig von verschiedenen Schulen der Fiqh inspiriert und wird innerhalb der Scharia betrieben, wodurch die unterschiedliche Behandlung von Sunniten und Schiiten beseitigt wird und staatlich ausgebildete und ernannte Richter die Möglichkeit erhalten, darüber zu entscheiden persönliche Angelegenheiten ohne Rücksprache mit den 'ulemas zu treffen. Das neue PSK, das sowohl sunnitische als auch schiitische Rechtsprechung umfasst, bietet einen rechtlichen Rahmen, der für alle muslimischen Iraker gleichermaßen gilt.¹⁵³

5.2 Die Gründung der Frauengruppen und Netzwerke

In "Does Feminism Need a Conception of Civil Society," zeigt Anne Phillips (2002), wie historisch gesehen die Zivilgesellschaft für die Interessenvertretung von Frauen von zentraler Bedeutung ist, und unterstreicht Carol Patemans Betonung der Differenzierung zwischen der häuslichen Sphäre und der „öffentlichen Welt“ der Zivilgesellschaft.¹⁵⁴ Pateman et al. stellen fest, dass die Konzentration auf den Unterschied zwischen Zivilgesellschaft und Privatsphäre die Aufmerksamkeit auf den

¹⁵² Al-Ali & Pratt, 2003, S. 139.

¹⁵³ Ali, 2018, S. 231.

¹⁵⁴ Kraitt, 2015, S. 126.

Unterschied zwischen Staat und Zivilgesellschaft verringern könnte. Die Diskussionen feministischer Wissenschaftlerinnen über politische Verpflichtung, Freiheit und Feminismus bestehen auf der Bedeutung des Kontextes, in dem das Engagement von Frauen im öffentlichen und privaten Bereich verstanden werden sollte.¹⁵⁵

In Bezug auf die Beteiligung von Frauen an der Öffentlichkeit verwendet Molyneux (1985) den Begriff „praktischer Geschlechterinteressen“ im Kontext des Frauenaktivismus in Lateinamerika, insbesondere in Nicaragua. Mit diesem Konzept erklärt Molyneux, dass Frauen von einer sozialen Position in die Öffentlichkeit eintreten, die sich von der von Männern unterscheidet - einer Position, die von der sexuellen Arbeitsteilung geprägt ist.¹⁵⁶

Praktische Geschlechterinteressen ergeben sich aus den konkreten Bedingungen der Positionierung von Frauen innerhalb der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und stellen eine Antwort auf ein unmittelbar wahrgenommenes Bedürfnis dar. Der Begriff der praktischen Geschlechterinteressen beinhaltet im Allgemeinen kein strategisches Ziel wie die Emanzipation von Frauen oder die Gleichstellung der Geschlechter. Stattdessen wurde argumentiert, dass Frauen aufgrund ihres Platzes innerhalb der sexuellen Arbeitsteilung als diejenigen, die hauptsächlich für das tägliche Wohlergehen ihres Haushalts verantwortlich sind, ein besonderes Interesse an häuslicher Versorgung und öffentlichem Wohlergehen haben. Wenn die Regierungen diese Grundbedürfnisse nicht decken und der Lebensunterhalt der Familien bedroht ist, werden Frauen zu Brotaufständischen, Demonstranten und Petenten. Dieser Begriff ist interessant im Kontext des Irak nach 2003 zu untersuchen, der von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen sowie einem allgemeinen Zustand sektiererischer Gewalt geprägt ist.

Im Nahen Osten im Allgemeinen wurde die Förderung von „Zivilgesellschaft“

¹⁵⁵ Ali, 2018, S. 164.

¹⁵⁶ Ebd.

und „Geschlecht“ in den neunziger Jahren zu einem Schlagwort für internationale und transnationale politische Entscheidungsträger. Von UN-Institutionen wie UN Women und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bis hin zur US-Regierung, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sind die Förderung der „Zivilgesellschaft“ und die „Stärkung der Frauen“ Hauptmerkmale der „Demokratisierung“ des Nahen und Mittleren Ostens.¹⁵⁷

Wie Islah Jad (2007) hervorhebt, muss die wachsende Zahl arabischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Allgemeinen und Frauen-NGOs im Besonderen im Kontext eines breiteren Entwicklungstrends gesehen werden, der NGOs als wichtige Mittel für sozialen Wandel und Demokratisierung in der EU betrachtet Region. Daher fördern die meisten NRO die wirtschaftliche Stärkung auf der Grundlage der neoliberalen Mittel und der Politik des IWF und der Weltbank.¹⁵⁸

Ganz allgemein stellt Deniz Kandiyoti (2007) eine signifikante Verschiebung in der Art und Weise fest, wie Geschlechterfragen in „Postkonflikt“-Kontexten angesprochen werden. Da Frauenrechtsfragen als integraler Bestandteil der nationalen Konsolidierung und Entwicklung im Rahmen des Prozesses der postkolonialen Nationenbildung in Ländern mit muslimischer Mehrheit betrachtet wurden, fanden politische Auseinandersetzungen um Frauenrechtsfragen hauptsächlich unter „internen Wahlkreisen“ gegen den Einfluss der ehemaligen westlichen Kolonialmacht statt.¹⁵⁹

In Postkonfliktsituationen stellt Kandiyoti jedoch fest, dass der Staatsaufbau unter neuen Formen der Vormundschaft internationalisiert wird. Internationale politische Entscheidungsträger und ihre von Gebern geführten Institutionen schlagen eine Reihe von Schritten zum Aufbau eines neuen Staates vor, beispielsweise die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Organisation von Parlamentswahlen mit Quoten für Vertreterinnen.¹⁶⁰

¹⁵⁷ Ali, 2018, S. 164.

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Kandiyoti, 1991, S. 33.

¹⁶⁰ Ebd.

Die Investition der Vereinten Nationen und internationaler NRO in Frauenfragen ist im Nahen Osten seit der Weltkonferenz von Peking 1995, der Annahme des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der Resolution 1325 des Sicherheitsrats von Bedeutung zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Oktober 2000 verabschiedet und Jad (2003) beschreibt die "NGO" des Frauenaktivismus in Palästina und vielen arabischen Ländern.¹⁶¹

Andere Forschungen haben dieses Phänomen in Jordanien¹⁶² und Ägypten¹⁶³ analysiert. Laut Jad und anderen Forschern zum palästinensischen Kontext war die Zeit nach Oslo durch die Vermehrung von NGOs gekennzeichnet, die von den Vereinten Nationen und internationalen und europäischen Gebern finanziert wurden und die Form des Frauenaktivismus vor Ort erheblich veränderten.¹⁶⁴

Abu-Lughod kritisiert in ihrer neuesten Arbeit (2013) Frauenrechtsaktivistinnen, die einen „islamischen Rahmen“ verwenden. Frauenaktivistinnen, die an rechtsgerichteten Agenden beteiligt sind, werden als gebildete städtische Eliten bezeichnet, die „viel Energie darauf verwenden, zu studieren, zu denken, Stellungnahmen zu verfassen, Mittel zu beantragen und den Islam (und den Osten) dem Islam als etwas zu präsentieren, das nicht unvereinbar ist mit der Gleichstellung der Geschlechter“, stellte Abu-Lughod ihre Beziehung zu „denen in Frage, in deren Namen und in deren Auftrag sie arbeiten“. ¹⁶⁵

Laut Abu-Lughod, gibt es eine tiefgreifende Trennung zwischen dem Leben von „Basis der Frauen“ und den Begriffen, in denen sie im Bereich der Rechte „vorgestellt“ werden, auch in islamisch-feministischen Versionen.¹⁶⁶

In Bezug auf den Irak und die Politik des „Wiederaufbaus“ in Situationen, in

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Pietrobelli, 2013.

¹⁶³ Abdelrahman, 2007, S. 78.

¹⁶⁴ Ali, 2018, S. 164.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Abu-Lughod, 1986, S. 174.

denen ausländische militärische Interventionen einen Zustand des Chaos geschaffen, einen funktionierenden Staat zerstört und danach eine „vorgefertigte Nation“ auferlegt haben, ist dies von fundamentaler Bedeutung. Der Zustand des Chaos und der Schwäche eines Regimes, das durch ausländische militärische Interventionen an die Macht gebracht wurde, wirkt sich sowohl auf die grundlegenden Menschenrechte als auch auf den konkreten Kontext aus, in dem zivilgesellschaftlicher Aktivismus eingesetzt werden kann. Man kann einen Vergleich mit der Situation palästinensischer Aktivistinnen bei der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 1994 ziehen, die ein Leitungsgremium entwickelte, das der formalen Bürokratie eines Nationalstaates ähnelte, aber wirtschaftlich, politisch und geografisch von Israel abhängig blieb. Das Fehlen von Souveränität und geografischem Zusammenhalt führt zum Fehlen eines unabhängigen, funktionierenden Leitungsorgans und der Zivilgesellschaft, sowie zu einem Anstieg des allgemeinen Konservatismus.

Diese Realität wirkt sich allgemein auf das Leben von Frauen und den Aktivismus für Frauenrechte aus. Ähnliche Analysen wurden zu den Situationen in Afghanistan und im Irak vorgelegt, da der Begriff der Staatsbürgerschaft fraglich ist, wenn die Zivilgesellschaft von sektiererischer Gewalt, dem Aufstieg konservativer Mächte und allgemeiner Verarmung geprägt ist.¹⁶⁷

Einige Untersuchungen argumentieren, dass, wie in vielen afrikanischen Ländern, die Entstehung der Zivilgesellschaft im Irak nach 2003 von politischem Sumpf und juristischer Anarchie geprägt ist. Als solche repräsentiert die Zivilgesellschaft keine vom Staat autonome Einheit. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden von denselben sektiererischen Spaltungen infiltriert, die die Politik und die Institutionen des Staates charakterisieren. In diesen Studien wird daher auf die Verwirrung zwischen NGO, Fraktionen und der Regierung hingewiesen, da politische oder politisch-religiöse Parteien, Milizen und private Sicherheitsunternehmen ihre

¹⁶⁷ Barakat, 2005, S. 91.

eigenen NRO finanzierten. Dies weist auch auf die weit verbreitete Verwirrung zwischen Zivilgesellschaft, politischen Parteien, gemeinnützigen Vereinigungen, Lobbyisten und Unternehmensgruppen im Irak seit der Invasion hin. Sie zeigen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Frauengruppen, dass die US-Regierung in ihrer Rhetorik, die die Invasion rechtfertigt, sowie in ihrem politischen Diskurs, der die Besatzung rechtfertigt, ein besonderes Augenmerk auf Frauenfragen legt. Zudem wird deutlich, dass Organisationen und Netzwerke, die sich mit den Rechten und Problemen von Frauen befassen, einen produktiven und profitablen Raum innerhalb von Regierungs- und Nichtregierungsbereichen darstellen.¹⁶⁸

Irakische Aktivistinnen haben einen großen und offenen Raum für Engagement für Frauenfragen und -rechte und sie repräsentieren einen sehr wichtigen Teil der neuen irakischen Zivilgesellschaft. In einem ganz anderen Sinne argumentiert Henrizis Studie (2015) über Frauenagenturen in irakischen NGOs, die Friedens- und Konfliktstudien kritisiert, die die sogenannte lokale Agentur auf den Widerstand gegen globale Agenden beschränken und Binärdateien zwischen lokalen und internationalen Räumen darstellen, dass auch externe Interventionen vorhanden sind und Räume für irakische Aktivistinnen geschaffen wurden, um verschiedene Formen der Entscheidungsfreiheit auszuüben. Henrizi versucht ein Konzept der geschlechtsspezifischen Agentur zu skizzieren, die eine „relationale Konzeptualisierung des Raums“ integriert, und versucht zu zeigen, wie eine relationale Theorie des Raums dazu beiträgt, „hybride Realitäten und Vorstellungen von Agentur vor Ort“ zu erfassen.¹⁶⁹

5.3 Aktivitäten der feministischen Gruppen

Im Zuge dieser Entwicklung haben sich seit dem Jahr 2003, durchaus in Anlehnung an eine erste feministische Welle im Irak am Anfang der Staatswerung, verschiedene Gruppierungen etabliert, welche im folgenden

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Ali, 2018, S. 167.

vorgestellt werden sollen.

Säkuläre und nicht politisch verbundene Gruppen: Obwohl die Grenze zwischen Zivilgesellschaft und Regierung oder politischen Parteien im Irak nach 2003 sehr verschwommen ist, gibt es viele Organisationen, Gruppen und Netzwerke von Frauen, die sich unabhängig von politischen Parteien, religiösen Gruppen oder der neuen Regierung gebildet haben. Ihre Gründungsmitglieder mögen eine klare politische Zugehörigkeit haben, aber die Aktivitäten und die Mitgliedschaft sind nicht an eine bestimmte politische oder politisch-religiöse Gruppe oder Ausrichtung gebunden. Diese Arten von Gruppen sind ein wesentlicher Bestandteil des Aktivismus und der Zivilgesellschaft irakischer Frauen. In der Tat bilden diese Netzwerke und Gruppen das, was viele Aktivistinnen für die irakische Frauenbewegung halten. Das wichtigste Netzwerk, das diese Kategorie repräsentiert, ist das IWN. Obwohl viele seiner Mitglieder parteibezogene politische Aktivistinnen sind, ist IWN selbst keiner bestimmten politischen Gruppe angeschlossen. Einige der anderen Organisationen, die in diese Kategorie fallen, befassen sich nicht ausschließlich mit Frauenfragen, wie die al-Amel-Vereinigung oder die Tamuz-Organisation für soziale Entwicklung.

Zu den wichtigsten und aktivsten Frauenorganisationen in dieser Kategorie gehören die Bagdad Women's Association, die al-Rafidain Women's Coalition, das OWFI, das Women's Leadership Institute (WLI), die Women Empowerment Organization in Erbil und Asuda in Sulaymaniyah. Andere Organisationen setzen sich spezifischer für sie ein, wie das Irakische Frauenjournalistenforum (IWJF), das sich für Frauen im Medienbereich einsetzt, aber auch für allgemeine Frauenrechtsfragen wie sexuelle Belästigung und das PSC. Die meisten dieser Organisationen haben Niederlassungen in mehreren Städten im Irak. Es gibt auch das Iraqiyat Studies Center, das bis 2010 aktiv war und Veröffentlichungen und Forschungsergebnisse von irakischen Wissenschaftlerinnen hatte. Viele der Mitglieder dieser Gruppen interagieren auch mit anderen arabischen Frauennetzwerken und -organisationen - wie dem Arab Women's Tribunal, dem Arab Women Lawyers Network und dem al-Roaa Network -, aber ihre

Aktivitäten innerhalb dieser Netzwerke konzentrieren sich speziell auf den Irak.

Säkuläre mit Parteien verbundene Gruppen: Diese Kategorie setzt sich hauptsächlich aus kurdischen Frauenorganisationen zusammen, die mit den beiden wichtigsten kurdischen Parteien verbunden sind: der Kurdischen Frauenunion, die mit der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP unter der Leitung von Mas 'ud Barzani) verbunden ist und ihren Sitz in Erbil hat, und der Kurdistan Women's Union (Zhinan), verbunden mit der Patriotic Union of Kurdistan (PUK, geleitet von Jalal Talabani) und mit Sitz in Sulaymaniyah. Al-Rabita kann auch als Partei-Organisation angesehen werden, da die meisten ihrer Mitglieder der Kommunistischen Partei des Irak angehören oder sich für diese interessieren. Gleiches gilt für die Kurdische Irakische Frauenliga. Die Realität der gegenwärtigen Aktivitäten und Modalitäten von al-Rabita vor Ort bringt es jedoch der einer anderen unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisation sehr nahe.¹⁷⁰

Islamistengruppen: Die meisten Gruppen, die in diese Kategorie fallen, sind kommunal-politische Gruppen wie sunnitische und schiitische islamistische Frauengruppen, die mit islamistischen politischen Parteien oder Bewegungen verbunden sind. Sektenübergreifende islamistische Gruppen gibt es im Irak nicht.

Zu den Gruppen in dieser Kategorie gehören Frauenzweige politischer Parteien, da jede islamistische Partei Frauenzweige hat und Organisationen, die mit einer Partei oder Bewegung verbunden sind.

Solche Gruppen sind sehr wichtig in Bezug auf Menge, Aktivitäten und Sichtbarkeit. Hawa'una (die muslimische Frauenorganisation im Irak) und die muslimische Frauenliga im Irak, die dem Islamischen Obersten Rat des Irak und der Da'wa-Partei angeschlossen sind, haben Niederlassungen im Süden des Landes (die Mehrheit der Schiiten). Im Gegensatz dazu hat die Islamische Frauenliga im Irak, eine sunnitisch-islamistische Frauenorganisation, ihre Hauptniederlassungen im Westen des Landes (die mehrheitlich sunnitische

¹⁷⁰ Ali, 2018, S. 180.

Region) und ist Mitglied des Internationalen Islamischen Forums für Familie und Frauen, einem transnationalen muslimischen Netzwerk. In ähnlicher Weise gibt es in der kurdischen Region viele wichtige islamistisch-kurdische Frauengruppen, wie die Kurdistan Islamic Sisters Union, die mit der Kurdistan Islamic Union verbunden ist.

Ethnische und ethnoreligiös orientierte Gruppen: Diese Kategorie umfasst Gruppen wie die Assyrische Frauenunion und die Vereinigung der chaldäischen Frauen. Die meisten dieser Gruppen sind auch Mitglieder säkularer Frauengruppen und -netzwerke wie der al-Rafidain-Frauenkoalition oder der IWN.

Frauen des neuen Regimes: Diese Kategorie umfasst politische Führer, Parlamentarier, Frauen mit Regierungspositionen sowie Mitglieder von Parteikomitees oder institutionellen Frauenausschüssen wie dem irakischen Parlament, Provinzräten oder Kommunen. Die meisten dieser Personen gründen ihre eigenen Organisationen oder sind Mitglieder von Frauengruppen und -netzwerken. Sie sind die Hauptverbindungen zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft oder Nichtregierungsorganisationen.¹⁷¹

5.4 Mainstreaming von Demokratie und Menschenrechten

Die Aktivitäten, Kampagnen und Initiativen, die von US-amerikanischen und internationalen Fonds durchgeführt wurden - wie Colin Powells am 8. März 2004 gestartete irakische Frauendemokratie-Initiative - waren in irakischen Frauengruppen und -netzwerken weit verbreitet. Politische Aktivistinnen im Irak arbeiten auch an Initiativen, die auf Taw'iyya („Sensibilisierung“) und Tathqif („Kulturerhöhung“) in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte abzielen. Dazu gehören Verweise auf die Resolution 1325 des CEDAW und des Sicherheitsrates sowie Schulungen zum Thema Gender Mainstreaming

¹⁷¹ Ali, 2018, S. 182.

Medien sowie Organisations- und Führungsqualitäten.

Während der Ausarbeitung der neuen irakischen Verfassung wurden zahlreiche Treffen und Konferenzen organisiert, um die Grundelemente demokratischer Institutionen, Wahlen und Verfassungsrechte zu erläutern. Die irakischen Frauen standen an der Spitze der Kampagnen zur Förderung der Teilnahme an den Wahlen und am Referendum über die neue Verfassung.

In dieser Zeit, in der feministische Bewegungen große Schritte unternahmen, um ihre Rechte auf Gleichheit, Freiheit und Würde zu erreichen, ist dies im Irak anders, wo Frauen sich in einem dunklen Abgrund befinden und aufgrund der Gesetze von kein Recht haben, über ihr eigenes Leben zu entscheiden aufeinanderfolgende Regierungen unter Besatzung. Islamische Oppositionsgruppen, Regierungsinstitutionen und Milizen haben weit verbreitete Massaker begangen und Massenmorde an „Minderheiten“ und Aktivistinnen organisiert und viele andere junge Frauen zum Selbstmord in der Gruppe getrieben. Was all diese wilden und bösen Praktiken gemeinsam haben, ist Hass gegen Frauen, und solche primitiven Praktiken sind die Hauptmerkmale der Stammes- und islamischen Regierungsführung. Die Besatzungsmächte befähigten die rückständigsten sozialen Gruppen, die sich jeder sozialen Entwicklung widersetzen. Die Freiheit der Frauen ist ein Spiegelbild der sozialen Befreiung im Allgemeinen, und daher ist der Status der irakischen Frauen Zeuge eines beispiellosen Rückgangs in der gegenwärtigen Zeit nach der Besetzung. Die islamischen Regierungsinstitutionen, der IS und die mit der Regierung verbundenen Milizen haben eine Erosion des Status von Frauen verhängt, die in der Geschichte des Irak noch nie so tief gesunken ist.

In wenigen Monaten sind organisierte brutale und frauenfeindliche Verbrechen unaussprechlicher Grausamkeiten aufgetreten. ISIS schlachtete fünfzig jazidische Frauen, sechs junge Frauen begingen Massenselbstmord in einem staatlichen Rehabilitationsheim und Milizen ermordeten sechs Aktivistinnen. Die irakische Regierung und die verantwortlichen Parteien haben nichts gegen diese Verbrechen unternommen.

In der Zwischenzeit waren verschiedene islamische Gruppen damit beschäftigt, bürgerliche Regierungspositionen zu erwerben, um ihren Zugang zum Diebstahl des irakischen Reichtums zu gewährleisten. Sie teilten alle diese Positionen zwischen radikalen sunnitischen und schiitischen Gruppen auf, die planen, die Jaafari-Gesetze durchzusetzen, die ihnen das Recht garantieren, Kinder zu vergewaltigen und Frauen zu Sklaven zu machen, deren Arbeit sich nur um häuslichen Dienst und Fortpflanzung dreht und die rechtlich Privateigentum sind kann bei Bedarf für den männlichen Besitzer entsorgt werden. Basierend auf diesen Konzepten versuchen irakische Gesetzgeber, eine Falle für die Zukunft der irakischen Frauen zu stellen.

Die Organisation der Frauenfreiheit im Irak lehnt die frauenfeindliche Agenda ab und verurteilt sie, die die irakische Regierung mit Nachdruck durchzusetzen versucht. Wir fordern alle irakischen Frauen auf, sich gegen das patriarchalische Regime zu stellen, das den Arbeitern Armut und den religiösen, rassischen und ethnischen „Minderheiten“ wie den Jesiden und der schwarzen Gemeinschaft im Irak und insbesondere den Frauen Hass und Diskriminierung auferlegt dieser "Minderheiten". Dies ist die Zeit, mit allen Menschen in diesen Gemeinschaften zusammen zu stehen, um einen großen Unterschied für Menschlichkeit, Freiheit und Gleichheit zu bewirken.

6 Schlussbemerkungen

Im Rahmen dieser Arbeit wurde festgestellt, dass das Geschlechtergefälle im Irak auf drei Hauptfaktoren zurückzuführen ist.

Zum einen spielt hier das politische System eine entscheidende Rolle, da sich die Etablierung von Präsidialsystemen, sowie die entsprechenden androzentrismen Mechanismen abzeichnen. In zweifacher Hinsicht ist es für Frauen schwierig, die Hürden zu überwinden, die beim Eintritt in die Politik entstehen. Einerseits hängt dies mit den Mechanismen der politischen Systeme selbst zusammen. Gleichzeitig werden von Männern dominierte Rollen entwickelt, in die sich die Frauen einfügen müssen.

Das Wahlsystem spielt dabei eine sehr wichtige Rolle. Dieser Punkt, der im Laufe der Arbeit sichtbar geworden ist, betrifft vor allem das Verhältniswahlsystem. Durch die entsprechenden Verteilungsmuster der Abgeordneten ergibt sich ein entsprechendes Gefälle in der Anzahl der weiblichen und männlichen Abgeordneten.

Beide Punkte weisen auch auf kulturelle und soziale Aspekte hin. Die Frage der Geschlechterungleichheit manifestiert sich auf politischer Ebene, wenn sie als gesamtgesellschaftliches Phänomen auftritt. Hier ist es vor allem wichtig, im Sinne von Übersichtsarbeiten, sowohl quantitative als auch historisch-qualitative Aspekte in künftigen Studien einzubeziehen.

Literaturverzeichnis

- Abu-Lughod, L. (1986). *Veiled Sentiments: Honor and Poetry in a Bedouin Society*. Berkeley: University of California Press.
- Adams, A. & Tancred, P. (2000). *Designing Women: Gender and the Architectural Profession*. Toronto: University of Toronto Press.
- Al-Ali, N. & Pratt, N. (2008). Women Organizing and the Conflict in Iraq since 2003. *Feminist Review*, 3(27).
- Ali, Z. (2018). *Women and Gender in Iraq: Between Nation-Building and Fragmentation*. Cambridge: University Press.
- Brown, S. L. (2002). *The Politics of Individualism: Liberalism, Liberal Feminism and Anarchism*. New York: Black Rose Books.
- Butler, J. (1990). *Gender Trouble: Feminism and Subversion of Identity*. New York & London: Routledge.
- Celia, V. (2005). The Women's Movement, Gender Equality Agencies and Central State Debates on Political Representation in Spain. In *State Feminism and Political Representation*. Lovenduski, J. [Hrsg.]. New York: Cambridge University Press.
- Charrad, M. M. (2011). Central and Local Patrimonialism: State-Building in Kin-Based Societies. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 636, S. 49–68.
- Cole, S. & Phillips, L. [Hrsg.] (1995). *Ethnographic Feminisms*. Ottawa: Carleton University Press.
- Costantini, E. (1990). Political Women and Political Ambition: Closing the Gender Gap. *American Journal of Political Science*, 34(3).
- Dahlerup, D. (1998). Using quotas to increase women's political representation. *IDEA: Women in Politics Beyond Numbers*. Azza, K. [Hrsg.]. Stockholm: IDEA.

- Darcy, R., Welch, S. & Clark, J. (1994). *Women, Elections and Representation*. Lincoln: University of Nebraska Press.
- Efrati, N. (2012). *Women in Iraq: Past meets Present*. New York: Colombia University Press.
- Engstrom, R. (1987). District magnitude and the election of women to the Irish Dail. *Electoral Studies*, 6(1).
- Eremenko, M. (2011). *Political participation: Model by Verba in the EU and Russia*. Russia: National Research University – Higher School of Economics.
- Fallon, K., Swiss, L. & Viterna, J. (2012). Resolving the Democracy Paradox: Democratization and Women's Legislative Representation in Developing Nations, 1975 to 2009. *American Sociological Review*, 77(3).
- Faludi, S. (1991). *Backlash: The Undeclared War Against American Women*. New York: Crown Publishers.
- Farouk-Sluglett, M. & Sluglett, P. (1987). *Iraq since 1958: From Revolution to Dictatorship*. New York: Tauris.
- Fattah, H. (2012). What Did It Mean to be an Iraqi during the Monarchy? A Preliminary Investigation Based on Oral Interviews with Iraqis in Jordan and the United Kingdom. Tejtel, J., Sluglett, P., Bocco, R. & Bozarslan, H. [Hrsg.]: *Writing the Modern History of Iraq: Historial and Policial Challenges*. London: World Scientific Publishing. S. 95-103.
- Goffman E. (1997). *Frame Analysis of Gender*. Lemert, C. & Branaman, A. [Hrsg.]: *From The Arrangment Between the Sexes*. Blackwell Publ. S. 201-208.
- Harrison, V. S. (2008). Christian feminism, scripture and the concept «God». Moravcikova, M. & Greskova, L. [Hrsg.]: *Women and Religions*. Bratislava. S. 34-42.

- Hunt, S. (2007). Let Women Rule. *Foreign Affairs*, 86(3).
- Inglehart, R., Norris, P. & Welzel, C. (2004). *Gender Equality and Democracy*. Michigan: Institute for Social Research.
- Jalalzai, F. & Krook, M. L. (2010). Beyond Hillary and Benazir: Women's Political Leadership Worldwide. *International Political Science Review*, 31(1).
- Kandiyoti, D. (1991). *Women, Islam and the State*. Philadelphia: Temple University Press.
- Kaufmann, A. (2012). *Changing Female Identities*. Houndmills, Basingstoke. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Kraitt, T. (2015). *Irak: ein Staat zerfällt: Hintergründe, Analyse, Berichte*. Wien: Promedia.
- Krook, M. L. (2009). *Quotas for Women in Politics, Gender and Candidate Selection Reform Worldwide*. Oxford: Oxford UP.
- Kruschke, E. R. (1966). Level of Optimism as Related to Female Political Behavior. *Social Science*, 41(2).
- Lamprianou, L. (2013). *Contemporary Political Participation Research: A Critical Assessment*. Berlin & Heidelberg: Springer.
- Levitsky, S. & Way, L. A. (2010). *Competitive Authoritarianism: The Origins and Dynamics of Hybrid Regimes in the Post-Cold War Era*. Cambridge: Cambridge UP.
- Lovenduski, J. & Norris, P. (1993). *Women and Party Politics*. London: Sage Publics.
- Mann, B. A. (2011). *Iroquoian Women: The Gantowisas*. New York: Peter Lang.
- Marcuse, H. (2007). *Art and Liberation*. London & New York: Routledge.
- Matland, R. E. & Studlar, D. T. (1996). The contagion of women candidates in single member and multimember districts. *Journal of Politics*, 58(3).

- Matland, R. E. (1993). Institutional Variables Affecting Female Representation in National Legislatures: The case of Norway. *Journal of politics*, 55(3).
- Maxwell, S. (1986). *Succes and Solitude, Feminist Organizations Fifty Years after the feminine mystique*. New York: University Press of America.
- McCaughey, M. (2012). *Community*. Orr, C. M. & Braithwaite, A. *Rethinking Women's and Gender Studies*. London & New York: Routledge.
- Mead, M. (1950). *Sex and Temperament in Three Primitive Societies*. New York: Routledge.
- Meier, P. (2002). The mutual Contagion Effect of Legal and Party Quotas: A Belgian Perspective. *Party Politics*, 10(5).
- Moser, R. G. (1995). The effects of electoral systems on women's representation in post-communist states. *Electoral Studies*, 14(4).
- Norris, P. (2000). *Breaking the Barriers: Positive Discrimination Policies for Women. Has Liberalism Failed Women? Parity, Quotas and Political Representation*. Klausen, J. & Maier, C. S. [Hrsg.]. New York: St Martin's Press.
- Paxton, P. & Huges, M. M. (2017). *Women, Politics and Power*. Thousand Oaks: SAGE Publishing.
- Pietrobelli, M. (2013). *Institutionalizing Gender: Women's Political Participation in Jordan*. Ph.D. thesis. London: Centre for Gender Studies at SOAS.
- Rees, J. (1998). *Revolutionary Marxism and Academic Marxism*. Rees, J. [Hrsg.]: *Essays on Historical Materialism*. London: Bookmarks, S. 161-175.
- Rule, W. (1987). Electoral systems, contextual factors, and women's opportunity for election to parliament in twenty-three democracies. *Western Political Quarterly*, 40(3).

- Rule, W. (1994). *Parliaments of, by, and for the people: except for women?* Zimmerman, J. [Hrsg.]: *Electoral Systems in Comparative Perspective: Their Impact on Women and Minorities*. Westport: Greenwood Press.
- Rupp, L. & Taylor, V. (1999). *Forging Feminist Identity in an International Movement: A Collective Identity Approach to Twentieth-Century Feminism*. *Signs Journal of Women in Culture and Society* Dezember.
- Sahu, A., Basudev, D. & Sandhya, R. (2007). *Women Empowerment Thorough Self Help Groups - A Case Study*. *International Journal of Bio-resource and Stress Management*, 8(2), S. 340-345.
- Sasson, J. (2016). *Iraq's Political Economy Post 2003: From Transition to Corruption*. *International Journal of Contemporary iraqi Studies*.
- Scott, J. (1986). *Gender: A Useful Category of Historical Analysis*. *American Historical Review*, 91.
- Sheckels, T. F., Gutgold, N. D. & Carlin, D. B. (2012). *Gender and the American Presidency*. Lanham: Lexington Books.
- Skard, T. (2015). *Women of Power: Half a Century of Female Presidents and Prime Ministers Worldwide*. Bristol: Policy Press.
- Stockemer, D. (2009). *Women's parliamentary representation: are women more highly represented in (consolidated) democracies than in non-democracies?* Connecticut: University of Connecticut UP.
- Tremblay, M. (2007). *Democracy, Representation, and Women: A Comparative Analysis*. *Democratization*, 14(4).
- Trimble, L. (2007). *Gender, Political Leadership and Media Visibility: Globe and Mail Coverage of Conservative Party of Canada Leadership Contests*. *Canadian Journal of Political Science*, 40(4).
- Verba, S. (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. London: Harvard UP.
- Waylen, G. (1997). *Gender in Third World Politics*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.

Welch, M. (1990). Regulating the reproduction and morality of women: The social control of body and soul. *Women & Criminal Justice*, 9(1).

Welch, M. (1982). Changes in Public Attitudes Toward Women in Politics. *Social Science Quarterly*, 63.